

NACHRICHTEN

Mexiko: Die zapatistische Bewegung erweitert erfolgreich ihr autonomes Einflussgebiet.

3

BEWEGUNG

Der Klimastreik in Bildern: 1,4 Millionen Menschen sind deutschlandweit auf die Straße gegangen.

6

BIOTONNE

Um Trinkwasser und Waldflächen zu schützen, haben Aktivist:innen den Danenröder Wald besetzt.

13

BILDUNG

Die neue Gewerkschaft unter_bau will die Hochschule von morgen aufbauen.

14

50 JAHRE SOZIALISTISCHE SELBSTHILFEN



▲ 1976 - In einem Kölner Hochbunker müssen 90 Menschen in ungelüfteten, feuchten Zellen zu fünf qm »wohnen«. Der SSK protestiert und fordert menschenwürdigen Wohnraum für sie, anstatt Häuser abzureißen.

Foto: Gernot Huber

Selbsthilfe verändert die Welt

»Ändere die Welt. Sie braucht es.« In einem seiner Gedichte brachte Bertolt Brecht seine Kritik am kapitalistischen Gesellschaftssystem in zwei kurzen, schlichten Sätzen auf den Punkt. Für die Sozialistischen Selbsthilfen in Köln und anderswo war dies stets Alltagsaufgabe.

HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

Schon bei der Gründung des Vorläufervereins »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« (SSK) im Herbst 1969 hatten Mitglieder und Unterstützer*innen sich nichts weniger als die grundlegende Veränderung der Situation der kasernierten Heimkinder und -jugendlichen vorgenommen. Die Menschenrechte sollten auch für sie gelten. Unterstützt von engagierten Bürger*innen versteckte der SSK die Geflohenen und unterstützte sie nach Kräften. Er entwickelte das Konzept für ein Soforthilfe-Zentrum und forderte Staat und Politik auf, erstens dies

umgehend zu finanzieren, zweitens das Heim- und Jugendrecht zu reformieren. In Direkten Aktionen wie der Besetzung des Büros des Oberbürgermeisters oder Hausbesetzungen für die obdachlosen Jugendlichen hielt er den Druck Jahr um Jahr aufrecht. Schließlich zogen Mitglieder in den Verbänden und in Parteien mit. Ein neues Gesetz kam, die »Schwarze Pädagogik« wurde verboten, die Heimerziehung reformiert.

Dieses war der erste Streich des SSK mit den ehemaligen SDS-Studenten Lothar Gothe und Rainer Kippe als Wortführern. Der zweite folgte nicht zugleich, sondern in den 1980er Jahren: Die Psychiatrie wurde refor-

miert, nachdem der SSK wiederum Jahr für Jahr nicht locker ließ und mit Anzeigen, Veröffentlichungen über Misstände und Todesfälle, Besetzungen von Psychiatriestationen das Thema schließlich hochkochte, bis dann die Parteien die Reform beschlossen.

Der dritte Streich lief parallel und hatte »nur« lokale Auswirkungen. Als in den 1970er Jahren die Stadtquartier-Sanierungen für Reiche in Köln anliefen, machte der SSK mit anderen Gruppen dagegen mobil. Häuser sollten für die kleinen Leute erhalten bleiben – heute würde man es »Kampf gegen Gentrifizierung« nennen. Durch Aktionen und Hausbesetzungen

konnte einiges erreicht, etliches an Wohnraum gerettet werden. Allerdings konnte der »Zug der Zeit« nicht aufgehalten werden. So ist Sozialistische Selbsthilfe im Kampf um Wohnraum auch heute weiter aktiv: Die Köln-Mülheimer Gruppe setzt sich besonders für obdachlose ältere Frauen ein und besetzt mit ihnen Häuser.

Wenig spektakulär, aber doch gesellschaftlich tiefgreifender ist die Wandlung des Vereins SSK zur Sozialistischen Selbsthilfe. Sozial engagierte Menschen und verfolgte Heimjugendliche gründeten 1974 ihre gemeinsame Firma »Wir packen an«. Sie packten nicht nur Möbel bei Wohnungsaufösungen an, sondern

auch ihr Lebensumfeld. Sie erkämpften sich günstigen Wohnraum durch Hausbesetzungen, lernten sich nach Kräften selbst zu versorgen und setzten sich zugleich für andere Ausgegrenzte ein. Das langjährige Bestehen von »Neuer Arbeit«-Selbsthilfe bis heute zeigt, dass selbstorganisierter Sozialismus mit jedermann in kleinem Maßstab gelebt werden kann, keinesfalls – wie oft angenommen – der Führung durch eine Partei bedarf. Dies läßt auf einen großen Maßstab hoffen, auf dass die Konkurrenz-Marktwirtschaft mit ihren ewigen Versprechungen, die sie nie zu halten weiß, nicht nur fundamental kritisiert, sondern auch überwunden werden kann.

NORDSYRIEN: KURDISCHE AUTONOMIE BEDROHT

Humanitäre Hilfe statt Bundeswehreinsatz

Der Angriffskrieg der türkischen Armee in Rojava/Nordsyrien scheint zwar durch eine russisch-türkische Vereinbarung gestoppt. Doch der Bundestag beschließt einen wohl völkerrechtswidrigen Bundeswehreinsatz in Syrien – anstatt dringend benötigte humanitäre Hilfe für die bedrohte Bevölkerung auf den Weg zu bringen.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Zynischer kann Außenpolitik fast nicht sein: Erst wird der türkische Angriffskrieg gegen die nordsyrische Bevölke-

rung als völkerrechtswidrig verurteilt. Dabei war der internationale Anti-IS-Einsatz der deutschen Bundeswehr seit mehreren Jahre wohl ebenfalls völkerrechtswidrig. Und kaum kommt eine russisch-türkische Vereinbarung über eine Waffenruhe und eine deutliche Machtverschiebung in der Region zustande, versucht sich die so genannte Verteidigungsministerin mit einer aktiven Bundeswehrmission zu profilieren. Lediglich zwei Tage später verlängert der Bundestag das Mandat des Anti-IS-Einsatzes für bis zu 700 SoldatInnen um ein halbes Jahr – laut

Völkerrechtlern ein »Zurechtbiegen« des Grundgesetzes.

So kommt einzig von Hilfsorganisationen wie »medico international« der Appell für eine dringend notwendige humanitäre Soforthilfe zur Abwendung »einer humanitären Katastrophe« für 200.000 Geflüchtete in Rojava: »Wir appellieren an die europäischen Regierungen, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen. Das muss die entschlossene Bemühung um eine gesamtsyrische Friedenslösung einschließen, zu der auch gehört, die zweite angekündigte Katastrophe zu

verhindern, einen Vernichtungsfeldzug Assads und seiner Verbündeten gegen die Provinz Idlib.

Statt Erdogans Diffamierung der Kurden und überhaupt aller Oppositionellen als »Terroristen« zu flankieren, sollte die EU die Kooperation überprüfen, die sie in der Migrationspolitik mit Ankara eingegangen ist. Dies richtet sich insbesondere an die deutsche Regierung, die bereits das Zeigen kurdischer Symbole verbietet. Im Gegenzug ist das Recht von Menschen aus Syrien, in Deutschland und Europa Schutz vor ihren

Verfolgern zu finden, ausdrücklich zu garantieren. Das läge auch im eigenen Interesse: Wer demokratische Prozesse schwächt oder gar zerstört, indem er autoritären Regimes freie Hand lässt, wird diese Welt für niemanden sicherer machen können.«

Link: <https://www.medico.de/kampagnen/rojava-statt-krieg/>

Mehr zur Selbstorganisation in Rojava lest ihr im Schwerpunkt unserer nächsten Ausgabe.

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
 ZAPATISTISCHE BEWEGUNG, MEXIKO

PROJEKTE SEITE 4
 POLITICAL STENCIL, ATHEN
 AG BERATUNG

PROJEKTE SEITE 5
 KOOPERATIVE »APROLMA«, HONDURAS
 SOLIDARISCHE MILCHWIRTSCHAFT, LÜBECK

BEWEGUNG SEITE 6
 KLIMASTREIK AM 20. SEPTEMBER

GENOSSESCHAFTEN SEITE 7
 GENOSSENSCHAFTSWESEN IN ITALIEN
 SOZIALGENOSSENSCHAFTEN, SÜDTIROL

THEORIE SEITE 8
 KAPITALISMUSANALYSE VON BRIGITTE
 AULENBACHER UND KLAUS DÖRRE

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

SCHWERPUNKT SEITE 9
 SELBSTHILFE ERKÄMPFT MENSCHENRECHTE

SEITE 10
 SOZIALISMUS À LA SSM
 VON DER FABRIKBESETZUNG ZUM NEUBAU

SEITE 11
 »NEUE ARBEIT« BAHNT SICH IHREN WEG

SEITE 12
 ZWEI URGESTEINE DES SSM
 ANEIGNUNG IM KAPITALISTISCHEN GETRIEBE

BIOTONNE SEITE 13
 BESETZUNG IM DANNENRÖDER WALD
 75 JAHRE VEGANISMUS

BILDUNG SEITE 14
 DIE NEUE GEWERKSCHAFT »UNTER_BAU«
 ZEITSCHRIFT: FREILERNER

REZENSIONEN SEITE 15
 BAUHAUS: ORTE DER MODERNE
 DIE STROMKONZERNE UND DIE ENERGIEWENDE
 SOZIALE BEWEGUNGEN IN DER PROVINZ
 REGIOGELD
 ABC DER (UN)ORDNUNG

TERMINE SEITE 16
 KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Grafik: Eva Sempere

EINSER-ABIS

ULI FRANK

Gleich auf der ersten Seite neben »Kinderwunsch: Paare fragen Hilfe stark nach« prangt die Überschrift »Zahl der Einser-Abi steigt weiter an«. Also nur gute Nachrichten heute? Nicht nur, dass die Menschen mehr Kinder wollen, sondern unsere Wunschkinde werden auch noch immer schlauer! Das müsste doch allen LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen, die sich mit dem herrschenden Zensuren-System wohlfühlen, gut tun. Alles wird besser. Aber der Artikel endet mit einer Kritik des deutschen Hochschulverbandes: »...der »Noteninflation« müsste Einhalt geboten werden.« Was denn nun? Da werden die Schüler vom ersten Tag an in der Schule auf den »Ernst des Lebens« vorbereitet, auf Leistung, Erfolg und Konkurrenz getrimmt. Dann richten sie sich danach und schaffen es, die entsprechende Belohnung zu ergattern – und schon ist auch das wieder nicht recht.

Offensichtlich wird hier die Selektionsfunktion der Schule höher bewertet als die Pädagogik. Wen wundert das? Zwar sind die allgemeinen Lernziele der Schule oft in liebevollen Worten formuliert, in Nordrhein-Westfalen etwa »Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung«. Aber jeder weiß, dass es vor allem auf die Noten ankommt, an die dann bestimmte Lebenschancen gebunden sind.

Wir kritischen LehrerInnen haben unser ganzes Leben lang gegen das quantitative Beurteilen von Schülern gekämpft und immer wieder die kritischen Artikel der Fachwissenschaft dazu abgerufen. Die moderne Bildungswissenschaft

steht fast einhellig in einem kritischen Verhältnis zur Notengebung, weil diese die sozialen Verhältnisse nicht berücksichtigt, weil sie SchülerInnen zu einem formalen Leistungs-Verständnis verführt anstatt dazu einzuladen, sich die Welt nach eigenem Interesse und eigenem Lernfortschritt anzueignen. Und auch, weil die Fremdbeurteilung über Noten die Kinder zwingt, sich fremden und für sie unverständlichen Instanzen zu unterwerfen.

Hinter konservativen Schulkonzepten stand schon immer die perverse Angst, dass zu viele Schüler zu schlau werden könnten. Das Argument war immer: Wir brauchen auch Leute, die die (Drecks-)Arbeit machen; zu viele intelligent gemachte Menschen, die auf die Universitäten strömen und entsprechend qualitativ hochwertige Berufe haben wollen, könnten den gesellschaftlichen Frieden bedrohen. Ich fand das immer schon zynisch und absurd. Wie viel schöner und lebenswerter wäre eine Welt, in der möglichst viele Menschen möglichst viel gelernt und reflektiert haben – nicht nur die berühmten Selektions-Fächer wie Englisch und Mathe, sondern auch solche, bei denen die Persönlichkeitsentwicklung, das Wissen um soziale Probleme und die eigene Psyche gestärkt würden. Schon lange kursiert die ideale Zielvorstellung für die Schule als »Haus des Lernens«. Wie schön, wenn sie das wirklich würde und die Menschen immer klüger, rücksichtsvoller, selbstbewußter, sozialer und und und ... würden.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter koordination@contraste.org

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe,

Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):

• 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

AKTION 2020

Das neue Spendenjahr hat begonnen

Liebe Leser*innen,

kaum haben wir dank eurer grandiosen Spenden aufgeatmet, beginnt schon das neue Unterstützungsjahr. Unsere Aktion 2020 geht bis Oktober nächsten Jahres. Schaffen wir es wieder? Der Start ist schon gelungen. Es sind nämlich in der zweiten Hälfte des Septembers noch weitere Spenden eingegangen, die wir nun für die neue Aktion übernehmen können: 457 Euro. Vielen Dank. Nun brauchen wir noch 6.543 Euro, damit CONTRASTE auch 2020 weitermachen kann. In der Dezemberausgabe wird unser Spendenaufruf beiliegen. Dann wird für dieses Jahr die letzte Möglichkeit sein, uns finanziell zu helfen und gleichzeitig dem

Staat Steuern vorzuenthalten – weil Spenden an CONTRASTE steuerlich absetzbar sind. Richtig so, was plant die Regierung auch, die Rüstungsausgaben zu verdoppeln?!

Es fällt schwer, in Zeiten des Klimawandels und gleichzeitigem Politikversagen weiterhin Projekte aufzubauen. Es fällt schwer, in Zeiten des völkerrechtswidrigen Krieges der Türkei die ethnische Vertreibung nicht nur von Kurden*innen ohnmächtig mitanzusehen zu müssen. Und wie viele hoffnungsvoll gestartete Kooperativen wurden nun schon in Rojava zerstört? Aber es gab auch große Solidaritätsdemonstrationen. Wie die gesellschaftliche Zukunft sein wird, kann niemand wissen. Die grausamen »Gewinner« von heute können morgen die Verlierer

sein. Aber nur wenn die sozialen Bewegungen weitermachen und mehr Menschen Neues im Alten wagen.

Die Abozahlen halten sich die Waage. Zwei Abos kamen dazu, bei einem wurde zuvor »geschnuppert«. Eine Fördermitgliedschaft wurde »gebucht«, vielen Dank. Drei Kündigungen stehen dem entgegen.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

A.W.	100,00
L.G.	200,00
Jan Strebelow	49,00
L.C.+M.L.	8,00

Spententicker »Aktion 2019«

● 6,52 % finanziert 457,00 Euro Spenden 6.543,00 Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch 6.543,00 Euro.

Zapatistas erweitern ihr autonomes Einflussgebiet



▲ Die zapatistischen Frauen spielten bei der Ausweitung des Autonomiegebietes eine wichtige Rolle.

Foto: Visual Research / flickr.com (CC)

Die zapatistische Bewegung hat es trotz staatlicher Repression geschafft, ihren Einfluss im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas auszudehnen. Mit mehr als 1.000 basisdemokratischen Gemeindeversammlungen und viel Mobilisierungsarbeit im Untergrund haben die Aktivist*innen ihre Parallelstrukturen ausgebaut – und das ohne Waffengewalt.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL
& LUZ KERKELING, MÜNSTER

Chiapas ist seit dem bewaffneten Aufstand der Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) im Jahr 1994 einer der militarisiertesten Bundesstaaten Mexikos. Ausgerechnet die sozialdemokratische Regierung unter Präsident Andrés Manuel López Obrador hat die Militarisierung noch weiter vorangetrieben. Der Präsident hat eine 58.000 Mann starke »Nacionalgarde« gegründet. Mit insgesamt über 230.000 Soldaten sind so viele Militärs wie noch nie im Einsatz und leisten vermeintlich polizeiliche Arbeit zum Schutz der Bevölkerung, die nicht von der Verfassung gedeckt ist.

Die Hochrüstung der Streitkräfte wird von Menschenrechtsorganisationen massiv kritisiert. Besonders pikant ist, dass das Militär meist dort stationiert ist, wo ökonomische Großprojekte geplant oder bereits im Entstehen sind, etwa auf der Halbinsel Yucatán und in Nord-Chiapas. Auch die ressourcenreichen und indigen geprägten Nachbarbundesstaaten Oaxaca und Guerrero sind von der Militarisierung betroffen.

Dem gegenüber stehen die selbstverwalteten Strukturen der Zapatistas: In ihren autonomen Landkreisen haben sie »Räte der guten Regierung« eingesetzt. Sie arbeiten regierungs- und parteiunabhängig in den so genannten »Caracoles« (deutsch: Schneckenhäuser), die als Verwaltungszentren für jeweils mehrere 10.000 Menschen in Landkreisen, Dörfern und Städten zuständig sind. Sie organisieren erfolgreich Lebensbereiche wie Bildung, Frauen- und indigene Rechte, Gesundheit,

solidarische Ökonomie, Sicherheit sowie die Vernetzung mit linken sozialen Bewegungen in Mexiko und weltweit. Diese Struktur funktioniert von »unten nach oben«, das heißt, alle Beauftragten können von der Basis jederzeit abgerufen werden, wenn sie ihr Mandat nicht mehr zur Zufriedenheit aller ausüben.

Bisher existierten in Chiapas fünf solcher Caracoles. Nun haben die Zapatistas sieben weitere gegründet. Die Zahl der autonomen Landkreise stieg von 27 auf 31. Präsident López Obrador sah sich ob des großen Rückhalts der EZLN in der Bevölkerung vor Ort genötigt, die Ausweitung der zapatistischen Strukturen öffentlich zu begrüßen.

Die EZLN veröffentlichte im August ein Kommuniqué mit dem Titel »Wir haben die Umzingelung durchbrochen«. Darin gibt Subcomandante Moisés, Sprecher der EZLN, die Ausweitung der autonomen Selbstverwaltung bekannt. An dieser Stelle dokumentieren wir das sehr umfangreiche Kommuniqué in Auszügen:

Die Umzingelung durchbrochen

»Der Herrscher und seine Vorarbeiter (die mexikanische Regierung, Anm. d. Red.) bauen Mauern, Grenzen und Zäune, um zu versuchen, das einzudämmen, was sie für ein schlechtes Beispiel halten. Aber sie können es nicht tun, weil Würde, Mut, Wut, Rebellion nicht aufgehalten oder eingesperrt werden können. Selbst wenn sie sich hinter ihren Mauern, ihren Grenzen, ihren Zäunen, ihren Armeen und ihrer Polizei, ihren Gesetzen und Verordnungen verstecken, wird diese Rebellion sie früher oder später um Rechenschaft bitten. Und es wird weder Vergebung noch Vergessen geben.

Wir wussten und wir wissen, dass unsere Freiheit nur das Werk von uns selbst sein wird, den pueblos originarios. Mit dem neuen Vorarbeiter in Mexiko gingen die Verfolgung und der Tod weiter: In nur wenigen Monaten wurden ein Dutzend compañeros des Nationalen Indígena Kongress und des Indigenen Regierungsrates, sozi-

ale Kämpfer, umgebracht. Unter ihnen ein Bruder, der von den zapatistischen pueblos sehr respektiert wird: Samir Flores Soberanes, getötet, nachdem er vom Vorarbeiter gebrandmarkt wurde, der darüber hinaus die neoliberalen Megaprojekte fortsetzt, die ganze pueblos verschwinden lassen, die Natur zerstören und das Blut der pueblos originarios in Profit der großen Kapitale verwandeln.

Deshalb, zu Ehren der Schwestern und Brüder, die gestorben sind, verfolgt und vermisst werden oder im Gefängnis sitzen, haben wir uns entschlossen, die Kampagne der Zapatistas, die heute zu Ende kommt und wir sie öffentlich machen, »SAMIR FLORES VIVE« (Anm.: dt. »Es lebe Samir Flores«) zu nennen:

Nach Jahren der stillen Arbeit, trotz der Belagerung, trotz der Lügenkampagnen, trotz der Militärpatrouillen, trotz der Nationalgarde, trotz der als soziale Programme getarnten Aufstandsbekämpfungskampagnen, trotz des Vergessens und der Verachtung sind wir gewachsen und stärker geworden. Und wir haben die Belagerung durchbrochen.

Wir sind aufgebrochen, ohne um Erlaubnis zu bitten, und jetzt sind wir wieder bei euch, Schwestern und Brüdern und Geschwister*, compañeros, compañeras und compañeros. Die Umzingelung der Regierung wurde zurückgelassen, sie hat nicht funktioniert und wird niemals funktionieren. Wir folgten Pfaden und Routen, die auf Karten oder Satelliten nicht existieren und die nur in den Gedanken unserer Ältesten zu finden sind. (...)

Dieses exponentielle Wachstum, das es uns heute ermöglicht, die Belagerung wieder zu verlassen, hat hauptsächlich zwei Gründe: Einer und der wichtigste ist die organisatorische politische Arbeit und das Beispiel der Frauen, Männer, Kinder und Älteren der zapatistischen Unterstützungsbasis. Von herausragender Art, die der Frauen und jungen Zapatistas. Compañeras jeden Alters mobilisierten sich, um mit anderen Schwestern,

mit oder ohne Organisation, zu sprechen. Die jungen Zapatistas lernten, ohne ihre Vorlieben und Wünsche aufzugeben, über Wissenschaft und Kunst und steckten so immer mehr junge Menschen an. Die meisten dieser Jugendlichen, hauptsächlich Frauen, übernehmen Positionen und durchdringen sie mit ihrer Kreativität, ihrem Einfallsreichtum und ihrer Intelligenz.

Der andere ist die Regierungspolitik, die die Gemeinden und die Natur zerstört, insbesondere die der gegenwärtigen Regierung, der selbstbenannten »Vierten Transformation«. Die traditionell parteiangehörigen Gemeinden wurden durch die Verachtung, den Rassismus und die Gier der gegenwärtigen Regierung beleidigt und sind zu offener oder verborgener Rebellion übergegangen. Wer glaubte, dass er mit seiner konter-aufständischen Almosenpolitik den Zapatismus spalten und die Loyalität von Nicht-Zapatistas erkaufen würde, was zu Konfrontation und Entmutigung führt, lieferte die fehlenden Argumente, um diese Brüder und Schwestern davon zu überzeugen, dass es notwendig ist, das Land und die Natur zu verteidigen.

Die schlechte Regierung dachte und denkt, was die Menschen erwarten und brauchen, sind monetäre Almosen. Nun antworten ihr die zapatistischen pueblos und viele nicht-zapatistische pueblos des CNI im Südosten Mexikos und im ganzen Land und beweisen, dass sie falsch liegt. (...)

In diesen bereits mehr als 25 Jahren haben wir gelernt. Anstatt Ämter in der schlechten Regierung zu erklimmen oder eine schlechte Kopie derer zu werden, die uns demütigen und unterdrücken, richtete sich unsere Intelligenz und unser Wissen auf unser eigenes Wachstum und unsere Stärke.«

Die komplette deutsche Übersetzung des Kommuniqués könnt ihr hier nachlesen:
<http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2019/08/20/kommunique-des-geheimen-revolutionaren-indigenen-komitees-generalkommandantur-der-zapatistischen-armee-der-nationalen-befreiung>

Landgericht bestraft Zivilen Ungehorsam

Vier Friedensaktivist*innen brachten am 25. September 2019 erneut Atomwaffen auf die Anklagebank. Die Staatsanwaltschaft Koblenz wollte ihr Go-In auf die Startbahn des Bundeswehr-Fliegerhorsts Büchel als »Hausfriedensbruch« geahndet sehen. Die Richterin stimmte dem zu, obwohl sie die damit verfolgten Ziele – ein Ende der »Nuklearen Teilhabe« der BRD und die Abschaffung der Atomwaffen – ausdrücklich lobte. Statt daraufhin zumindest das Bundesverfassungsgericht anzurufen, verhängte sie jeweils 30 Tagessätze und verpasste so die Chance einer Fortentwicklung deutscher Rechtsprechung. Die Angeklagten verteidigten ihre Überzeugung, legal gegen staatlichen Rechtsbruch gehandelt zu haben, und gingen in Berufung.

Link: www.buechel-atomwaffenfrei.de

30 Jahre Projektwerkstatt Saasen

Zum 30. Geburtstag der Projektwerkstatt in Saasen findet von November 2019 bis Januar 2020 ein buntes Programm aus Trainings, Film- und Informationsabenden statt. Das Jubiläum soll dabei nicht die Hauptsache sein: »Es gibt keinen Grund zum Feiern: Auch wenn wir die eine oder andere Auseinandersetzung gewinnen konnten, sind Ausbeutung, Zerstörung und Unterdrückung weiterhin prägende Merkmale dieser Gesellschaft«, lautet ein Resümee der vergangenen drei Jahrzehnte. Jörg Bergstedt, Aktiver aus der Anfangszeit, beschreibt die Rolle der Werkstatt so: »Wir sind keine feste Gruppe, sondern eine offene Aktionsplattform, die alle nutzen und weiterentwickeln können. Wir bieten Menschen, die eigene Ideen haben, Wissen, Räume und Material, diese auch zu verwirklichen.«

Mehr Infos: www.projektwerkstatt.de/saasen

ANZEIGE

graswurzel revolution

GWR 442

Foto: Herbert Sauerwein

Schwerpunkt:
Systemwechsel

www.graswurzel.net

POLITISCHE BOTSCHAFTEN AN DEN WÄNDEN ATHENS

»Das Beste kommt noch«

Stencils sind mit Schablonen gesprayte Botschaften, die seit fünf Jahren von einem politischen Künstler*innenkollektiv produziert werden. Wir treffen den brillant humorvollen »Psycho brunette boy« (seinen Klarnamen nennen wir aufgrund der subversiven Aktionen im öffentlichen Raum nicht) nach zwei Jahren wieder und sprechen mit ihm über die Arbeit, die politische Situation und das neu herausgegebene Buch.

ANJA LENKEIT UND DAVID KLÄSSIG, KÖLN

Bereits seit fünf Jahren ist das selbstorganisierte kollektive Projekt »Political stencil« aktiv. Neben Streetart veranstalten sie auch Workshops. Den festen Kern bilden zurzeit vier Personen, zum weiteren Umfeld gehören wechselnde weitere Aktivist*innen, welche auch alle in anderen Bewegungen aktiv sind, von LTBTIQ*-Geflüchteten und Arbeitsrechten bis hin zum Parko in Exarchia (siehe Contraste Nr. 420).

Es sei immer politischer Aktivismus in Griechenland vorhanden gewesen, aber bis 2008 hatten die Menschen Geld und Jobs, im Jahr 2008 sei dies zusammengebrochen, erzählt uns »brunette boy«. Er selbst ist Aktivist, seitdem er 16 Jahre alt ist. Angefangen habe er mit der Kunst als Sprayer, sein erster Slogan war für seinen Onkel, welcher aufgrund von Drogenmissbrauch gestorben ist. Erst später habe er mit politischen Botschaften angefangen, seine erste war »Sex and strikes require duration« (»Sex und Streiks brauchen Zeit«). Während der Demonstrationen gegen die Austeritätspolitik hat er Freund*innen dazu geholt: »Ich dachte, dass es nicht ausreicht, für eine kurze Demonstration auf den Platz zu gehen, ich wollte mehr tun, etwas Längerfristiges, was auch nach den Demonstrationen Präsenz hat.«

Da er Kunst studiert hat, ist ihm die Reproduktion der Machtverhältnisse im Kapitalismus durch den



▲ Porträt von Pavlos Fyssas, dem griechischen linksaktivistischen Hip-Hoper Kilah P., der an dieser Stelle vor sechs Jahren von einem Nazi und Mitglied der Partei »Goldene Morgenröte« ermordet wurde.

Foto: Political Stencil

Wiederverkauf von Kunst ein besonderer Dorn im Auge. »Hier kommen Menschen an bestimmte Orte, um Kunst zu kaufen, sie in Lager zu bringen und wie Wölfe darauf warten, dass der Preis steigt, um wiederzuverkaufen. Kunst an Wänden dagegen ist für alle da.« So wird der öffentliche Raum von der Gesellschaft zurückerobert, seine Gestaltung obliegt ansonsten zumeist dem Kommerz. Warum sie sich für stencils anstatt Graffiti entschieden haben? »Sie sind schneller angebracht, in drei Sekunden, schöner und akkurater zu sprühen, außerdem erhalten diese auch mehr Aufmerksamkeit. Die Veränderung der Gesellschaft spiegelt sich an den Wänden Athens wider.« Die Polizei interessiert es nicht, es fehle der Kommune zudem an finanziellen Ressourcen, die Botschaften und Graffiti zu entfernen. Über ihre Facebookseite machten sie ihre Arbeiten über die Grenzen Athens bekannt, selbst in Mexiko, der Türkei und Deutschland haben sie schon Streetart geschaffen.

Vor genau zwei Jahren hat uns Psycho brunette boy von seinem Plan berichtet, ein zweites Buch herauszubringen. Wir waren die ersten, die es in der Hand halten konnten und es wurde vor unseren Augen – wie jedes Buch – als Unikat mit einem eigenen Stencil versehen.

Wie fühlt es sich an, das fertige Buch in der Hand zu halten? »Als hätte man zwei Jahre nicht auf Toilette gekonnt und nun kommt alles auf einmal.« Mit einer Crowdfunding-Kampagne wurde ein Großteil des Geldes für die Umsetzung gesammelt. »Das Geld kam hauptsächlich aus Griechenland, ein wenig aus Deutschland und noch weniger aus Norwegen, den USA und Großbritannien.« Zudem haben sie auf Soli-Veranstaltungen wie »live paintings mit Freibier« Spenden erhalten, trotzdem musste Psycho brunette boy noch aus eigener Tasche Geld vorstrecken.

Das Projekt ist ihm eine Herzensangelegenheit, die letzten zwei Jahre hat er neben Arbeit und Weiterbildung

den größten Teil seiner Freizeit damit verbracht. Dabei sind auch Freundschaften auseinandergegangen, denn er hatte kaum noch Zeit: »Es war der Archivierungsgedanke einer Crew, die wie keine andere, lange zusammengearbeitet hat. Normalerweise leben wir bei unserer Arbeit damit, dass sie kurzfristig ist.« Neben der Geschichte des Projekts werden im Buch einzelne Streetart-Projekte mit großartigen Bildern und Erläuterungen auf Griechisch und Englisch vorgestellt.

Mit einer Aktion haben political stencil es bis ins staatliche Fernsehen geschafft, und sie ist eine der Lieblingsgeschichten der Gruppe: Sie haben gegenüber einem Einkaufszentrum einen erigierten Penis gesprüht, dessen Ejakulat die Worte »best yet to come« waren. In der Folge hat die Autobahn-Polizei der Gemeinde eine »Erregung« öffentlichen Ärgernisses gemeldet und bereits acht Monate danach beauftragte die Kommune Maler zur Beseitigung. Doch bereits einige Tage nach der Erstellung wurde

von einem Ladenbesitzer aus dem gegenüberliegenden Gewerbegebiet eine private Firma zur Übermalung beauftragt. Die staatlichen Maler entfernten tatsächlich die Übermalung und legten den Penis wieder frei. Dies sah ein Anwohner, der die Polizei rief, welche die Maler verhaftete. Im Interview mit dem Maler im griechischen Fernsehen war das Gemälde im Hintergrund zu sehen, wobei der Penis zensiert wurde.

Psycho brunette boy hofft darauf, dass Künstler*innen, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen an ihrem Werk interessiert sind. Das Buch kann online bestellt werden. Mit der ISBN kann das Buch auch Buchereien vorgeschlagen werden. Im Jahr 2020 ist eine Buchpräsentationstour in Deutschland geplant. Denn neben allem Aktivismus benötigt das Projekt auch Geld, z.B. für einen Beamer oder Farbe.

Link: www.politicalstencil.com

Wir lernen reisend

Anja Lenkeit und David Klässig sind Sozialwissenschaftler*innen, die im Zuge mehrerer Forschungsreisen selbstorganisierte Projekte in Griechenland und Spanien besucht haben. Das Ziel war es, mit den Beteiligten über die Themen Soziale Bewegungen, Selbstorganisation und Institutionalisierung zu sprechen, um sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu verschaffen. Im Sinne der Projekte und der dahinterstehenden Philosophien sind sie zu dem Schluss gekommen, dass sie diese für alle interessierten Personen zugänglich machen möchten. Jeden Monat stellen sie in der CONTRASTE eines der Projekte vor.

Mehr auf ihrem Blog unter: www.wirlernen-reisend.wordpress.com

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Vertraue mir...!

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Vielleicht haben noch einige das Lied der Schlange Kaa im Dschungelbuch im Ohr: »Hör auf mich, glaube mir! Augen zu, vertraue mir!« Nicht bei allen, doch bei sehr vielen Aktiven überwiegt diese emotionale Grunderwartung beim Start von Projektinitiativen. Mit ähnlichen oder sinnverwandten Worten versichern sich die Beteiligten ihrer Übereinstimmung, ihrer Entschlossenheit und ihrer Verlässlichkeit für das geplante Vorhaben. Und dieser Vorherrschaft an Vertrauen und gemeinsamer Zuversicht ist zu Beginn unerlässlich. Nur wenn sich eine Gruppe einig ist, sich die Mitglieder in ihren Absichten sicher wähnen, wird der Mut, die Risikobereitschaft und die nötige Kraft aufgebracht, z.B. für den Kauf eines Hauses, den Aufbau eines Betriebes, die Durchführung einer politischen Aktion bzw. Kampagne oder etwa die Gründung eines Bildungs- oder Kulturvereins. Dadurch entsteht die erforderliche Begeisterung für Gemeinschaftsprojekte und -ideen.

Die bürgerliche Welt hat dafür einen Wermutstropfen parat: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser! Kontrolle, im hierarchisch gemeintem Sinne, ist für unsere

Angelegenheiten sicher nicht anzustreben. Doch wir müssen wiederholt erleben, dass eine homogene Aufbruchsstimmung durchaus ambivalent zu sehen ist, zwei sehr abweichende Seiten hat. Dort, wo Einigkeit zur verpflichtenden Grundlage für das Gelingen unserer Träume wird, entsteht sie nicht immer aus »freien« Stücken – besonders wenn sie hergestellt werden muss, weil andernfalls das Vorhaben schon beim Entstehen zu scheitern droht. Dissonanzen, Bedenken, Widersprüche, wohlmöglich gefühlte Gegensätze, persönliche Abneigungen werden hingegen – ab einem bestimmten Zeitpunkt – als Störfaktor empfunden. Jedenfalls dann, wenn die übliche anfängliche personelle und inhaltliche Fluktuation während der Gruppenfindung überhaupt konstruktiv »überlebt« wurde. Die Zielvorstellung ist bei sehr vielen deshalb untrennbar verbunden mit einem geschlossenen Auftreten, nach einer mutmachenden Einheit.

Es ist unschwer zu erkennen, dass diese »Einheitsklammer« nur mit individuellen Kompromissen herstellbar ist. Befürchtete und begründbare Widersprüche, wie auch erlebte und gefühlte Ungereimtheiten und letzt-

lich alles sperrig Wirkende werden in der Bedeutung nach hinten sortiert, sollen weder mich noch andere ins Stolpern bringen. Schließlich hat jede*r der Beteiligten seinen*ihren eigenen Traum und Landkarte für den Weg.

Wie wir aus langer Erfahrung wissen, hat diese Dialektik beim Projektstart ihren Preis. Die zunächst nicht erkennbaren, jedoch natürlich trotzdem bestehenden individuellen Unterschiede bei den Motiven, den Absichten, den Wünschen, dem eigenen Können haben einen langen Atem. Früher oder später, manchmal sogar erst nach Jahrzehnten, wie es der Autor gerade selber erlebt, entfalten sie Wirkung. Die Verschiedenheiten, die anfänglichen wie auch die dazukommenden, sind reicher Quell für mögliche Enttäuschungen, Konflikte, Dauerstreits und Kränkungen aller Art.

»Das lassen wir lieber« ist selbstverständlich nicht das Fazit. Auch das ausgiebige Ausdiskutieren aller Ecken und Winkel im Vorfeld ist keine Garantie, wie auch die Aufforderung, ehrlich alle Meinungen frühzeitig auf den Tisch zu packen, vergeblich ist. Nach unseren Erfahrungen bietet ein gemeinsamer

Kollektivvertrag, ein Binnenvertrag oder eine Gemeinschaftsvereinbarung, persönlich unterschrieben, die beste Gewähr. Zumindest für einen fairen Umgang, egal wann und wie und ob Unterschiede zum Problem werden. Auch wenn dieser Vorschlag Projektgründer*innen bei Beratungen durchgängig wie ein Misstrauensbeweis empfunden wird: Er zwingt alle Teilnehmer*innen zu einem klaren Bekenntnis, soweit das beim Start möglich ist. Und gibt die Möglichkeit, diese Festlegungen fortlaufend an die jeweilige Entwicklung anzupassen, also automatisch den Stand der Übereinstimmung zu aktualisieren. Wenn mensch so will: eine freiwillige Selbstkontrolle mit parallelem Vertrauensstagebuch. Nebenbei kann damit ein Umgang bei auftretenden und überbrückbaren Gegensätzen zumindest prophylaktisch festgeschrieben werden, falls die mal virulent werden sollten. Und letztlich werden die zahlreichen Nachteile der gängigen bürgerlichen Rechtsformen für Gemeinschaftsunternehmungen etwas ausgegübelt. Denn auch zivilrechtlich sind solche Binnenverträge durchaus wirksam.

Wlfrid Schwarz

DIE KAFFEE-KOOPERATIVE APROLMA

Frauenrechte sichern in einer »Macho-Kultur«

Gerade in den kleinbäuerlichen Strukturen Lateinamerikas sind es Frauen, die das Rückgrat der Kaffeeproduktion bilden. Beeindruckendes Beispiel dafür ist die Frauen-Kooperative Arolma in Honduras, mit der das Berliner Rösterei-Kollektiv »Flying Roasters« seit drei Jahren zusammenarbeitet.

DR. NADINE HEYMANN, FLYING ROASTERS

Die Zentrale der Kooperative Arolma befindet sich in Marcala, ungefähr 150 km von der Hauptstadt Tegucigalpa entfernt. In der Kooperative sind aktuell 69 Frauen organisiert, die gemeinschaftlich ihren Kaffee aufbereiten und vermarkten. Gegründet wurde Arolma im Jahr 2013.

Es war schön und auf's Neue inspirierend, bei meinem Besuch diese kraftgeladenen Frauen zu treffen. Da ist z.B. Maria Angela Urquia, die Vizepräsidentin der Kooperative und eine der Pionierinnen im Kampf um Frauenrechte. Sie sagt »als Frau ist es doppelt hart« und erklärt, dass sie persönlich viel bei ihrem Engagement in den Kooperativen gelernt hat. Zum Beispiel bietet Arolma, neben den Möglichkeiten der Vermarktung des Kaffees und einem stabilen Einkommen, auch Fortbildungen im landwirtschaftlichen Bereich an. Dazu gehören der Umgang mit roya (Kaffeerost) und auch die Vorgehensweisen im Bio-Anbau. Mit dem Einkommen aus dem Kaffeeverkauf hat Maria es geschafft, ihrem einzigen Sohn zu helfen, sein Studium fortzusetzen. Nicht zuletzt lernte Maria mit Hilfe der Kooperative Schreiben und die Auseinandersetzung mit Frauenthemen.

Lage der Frauen in Honduras

Die Frauen der Kooperative Arolma sind Kleinbäuerinnen, die im ländlichen Gebiet rund um Marcala leben und die laut Definition der Weltbank arm sind. Honduras zählt zu den am wenigsten entwickelten Ländern Lateinamerikas. Die Zahl der Tötungsdelikte ist eine der höchsten weltweit und insbesondere die Zahl der Frauenmorde ist sehr hoch. Probleme mit häuslicher Gewalt sind allgegenwärtig und vor allem die älteren Frauen können nicht Lesen und Schreiben.

Formal gibt es natürlich anerkannte Menschenrechte in Honduras, jedoch werden diese im Alltag meist nicht eingehalten. Grundsätzlich besteht Presse- und Medienfreiheit, doch vor allem kritische Journalist*innen und



▲ Nadine Heymann von »Roasters United« zu Besuch bei der Frauen-Kooperative Arolma in Honduras

Foto: Flying Roasters

Medienschaffende werden regelmäßig eingeschüchtert, bedroht und fallen immer wieder Gewalttaten zum Opfer. Auch für Aktivist*innen aus dem sozialen oder ökologischen Bereich ist es in Honduras sehr unsicher. International am bekanntesten ist sicherlich der Mord der Umweltaktivistin Berta Cáceres, der jedoch nur exemplarisch für viele weitere Verbrechen stehen kann.

Menschenrechte wahrnehmen

Die Arbeit der Kaffeekooperativen in Marcala erscheint deshalb in einem besonderen Licht: Der Kaffeeanbau kann den Frauen in Honduras helfen, ihre Rechte wahrzunehmen, auf eigenen Beinen zu stehen und oft hilft er, die eigenen Kinder zu ernähren. Das gilt natürlich nicht nur für die Frauenkooperative Arolma, auch in anderen Kooperativen, mit denen wir zusammenarbeiten, wie Combrifol und Comsa, wird viel für die Rechte der Frauen getan. Die Frauen bei Arolma berichten immer wieder, wie schwer es sei, sich in dieser »Macho-Kultur« zu behaupten und ernst genommen zu werden.

Um Mitglied bei Arolma zu werden, müssen die Frauen nachweisen, dass ihnen das Land, auf dem der Kaffee angebaut wird, gehört. Dies ist ein wesentlicher Schritt zu Autonomie und Wachstum und keinesfalls selbstverständlich, wenn man davon ausgeht, dass die Landrechte traditionell ausschließlich bei den Männern liegen. Neben Kaffee werden auch Grundnahrungsmittel angebaut, so dass die Frauen die Familie ernähren können und durch den Anbau verschiedener Agrarprodukte auch gegen die Folgen von Ernteausfällen einzelner Ackerfrüchte geschützt sind.

Es gibt wenige Daten zu Frauen in der Kaffeeproduktion, da diese in der Vergangenheit kaum erhoben wurden. Seit dem Jahr 2003 versucht die Initiative »International Women's Coffee Alliance« Frauen in der Kaffeewirtschaft zu vernetzen, zu unterstützen und zu stärken. Leider leben und arbeiten Kaffeeproduzent*innen in der Regel unter schwierigen Bedingungen, was noch dadurch verstärkt wird, dass sie nur einen kleinen Prozentsatz des tatsächlichen Preises erhalten, zu dem der Kaffee an Endverbraucher*innen

verkauft wird. Frauen, die eine große Mehrheit der Kaffeeproduzent*innen repräsentieren, stehen vor zusätzlichen Herausforderungen: Es gibt ein deutliches Ungleichgewicht hinsichtlich der Verteilung von Arbeit, Einkommen, Eigentum und Mitbestimmung zwischen Männern und Frauen.

Kaffeeproduzentinnen in ländlichen Gemeinschaften haben dabei eine Doppelbelastung, da sie länger arbeiten und sowohl für die Haushaltsführung als auch für die Arbeit auf dem Kaffeefeld zuständig sind. Männer sind in Weiterverarbeitung und Transport des exportfähigen Kaffees überrepräsentiert – das verschärft das Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen. Wenn Männer das Geld aus dem Kaffeeverkauf erhalten, ist es für die Frauen schwieriger, darauf zuzugreifen.

Finanzielle Autonomie

Die Arbeit der Frauen-Kooperative – und anderen Kooperativen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen – ist deshalb umso wichtiger. Es zeigt sich, dass mit dem Zugang zu finanziellen Ressourcen, mit dem Zugang zu

Land, Einkommen und Krediten der Alltag von Frauen stabiler und sicherer gemacht werden kann.

Die Frauen der Kooperative Arolma führen ihre Kämpfe auf vielen Ebenen und wir versuchen, sie bei unseren Besuchen vor Ort immer zu bestärken und zu unterstützen. Die größte Unterstützung ist natürlich die Abnahme von Rohkaffee, der die finanzielle Autonomie der Produzentinnen sichert. Es ist unser Ziel, Verbindungen zwischen Frauen in allen Segmenten der Kaffeewirtschaft zu schaffen und durch unsere direkten Handelsbeziehungen einen Unterschied zu machen. Auch Frauen in den Verbraucherländern tragen wesentlich zum Markterfolg von Kaffee bei, machen sie doch bestimmt die Hälfte aller Kaffeetrinker*innen aus.

Dr. Nadine Heymann ist Mit-Gründerin des Rösterei-Kollektivs »Flying Roasters« in Berlin. Für das europäische Rösterei-Netzwerk »Roasters United« ist sie für die Importe aus Honduras und Guatemala zuständig. Im Netzwerk ist es Standard, alle Kooperativen mindestens einmal im Jahr zu besuchen, damit langfristige und stabile Beziehungen entstehen.

Link: www.flyingroasters.de

NEUE VERBRAUCHERGEMEINSCHAFT FÜR ARTGERECHTE KUHHALTUNG

Elternzeit für Kühe

Besonderes Konzept: Auf dem »Melkburen«-Hof dürfen Kälbchen bei der Mutter aufwachsen. Der Bauernhof ist Teil einer vor kurzem gegründeten, gemeinschaftlich getragenen Solidarischen Landwirtschaft.

FRIEDRIKE GRABITZ, LÜBECK

Am Tag seiner Geburt wird das Neugeborene von seiner Mutter getrennt. Es kommt in eine Box, die so klein ist wie eine Badewanne. In den folgenden Wochen, die es dort einsam verbringen muss, wird das Kind nach seiner Mutter schreien. Fast alle Kälbchen wachsen so auf, damit ihre Mütter mehr Milch geben – Milch, die die Kuh eigentlich für das Kälbchen produziert, die aber von Menschen getrunken wird. Selber wird es mit einer Nährlösung aus Wasser und Milchpulver groß gezogen.

Kim Annabell Graubner wollte keine Milch trinken, die so hergestellt wird. Sie suchte nach einem Hof, wo Kühe ein Familienleben haben dürfen. Fündig wurde sie in Lentföörden, 50 Kilometer westlich von Lübeck. Was sie dort sah, gibt es sonst fast nur noch auf Werbefotos: Milchkühe auf der Weide mit ihren drei Monate alten Kälbern.

Frühlingsmilch schmeckt anders

Der Hof heißt »öko Melkburen«, vom friesischen Wort für »Melkbauern«. Er hat 25 Kühe, deren Milch in einer eigenen kleinen Meierei verarbeitet wird. Das sei wichtig, »damit sie nicht in den großen Tank kommt«, sagt Landwirt Hans Möller. Denn er ist überzeugt: Dass seine Kühe artgerecht leben, schmeckt man. Seine »Vier Jahreszeiten Milch« schmecke im Winter anders als beispiels-

weise im Frühling, »dann ist sie fast gelb, so viel Rahm hat sie vom frischen Gras«. In kleinen Gläsern verteilt er sie an ein Dutzend Gäste, die an diesem Mittwoch auf Einladung von Kim Annabell Graubner ins Café Sofa gekommen sind.

Verbraucher entscheiden mit

Der jungen Frau reicht es nicht, dass man die Vier-Jahreszeiten-Milch in zwei Landwege-Filialen kaufen kann. Sie und ihr Lebensgefährte wollen eine Verbrauchergemeinschaft nach den Grundsätzen der »Solidarischen Landwirtschaft« (SoLawi) gründen. Hans Möller erklärt das System: Landwirte in der Region arbeiten direkt mit Verbraucher*innen zusammen. »Sie bezahlen uns nicht für die Produkte, sondern dafür, dass wir produzieren.« Die Mitglieder bekommen für einen festen Abo-Preis jede Woche Gemüse aus der Hofgärtnerei

und auf Wunsch Milch und Fleisch ins Café Sofa geliefert. Die Mengen können je nach Saison unterschiedlich sein. Der Hof hat finanzielle Sicherheit, und die Verbraucher*innen bekommen immer frische Qualität, passend zur Jahreszeit.

»Könnten Sie auf dem Hof auch Fische züchten?«, fragt ein Interessent. »Wir haben zwei Teiche, warum nicht?«, sagt Möller. »In der SoLawi könntet ihr solche Dinge mitentscheiden.« Die Gruppe könnte von Zeit zu Zeit »ihren« Hof besuchen, bietet Bäuerin Anette Möller an: »Das Schöne ist, dass man sich kennt.« Und damit meint sie nicht nur die menschlichen Mitglieder, sondern auch die Kühe in Elternzeit.

Link: <https://www.deoekomelkburen.de>

Dieser Artikel ist zuerst in den Lübecker Nachrichten erschienen (31. August 2019).

Mutterkuhhaltung

Auf dem »Melkburen«-Hof werden die Kühe das ganze Jahr über auf der Weide gehalten und bekommen Gras und Heu. Bei der »muttergebundenen Kälberaufzucht« bleiben die Kälber die ersten drei Lebensmonate bei ihren Müttern. Sie erhalten deren Zuwendung, Erziehung und natürlich die wertvolle Muttermilch. Zwar werden die Kühe während dieser Zeit auch gemolken, jedoch verzichte der Hof bewusst auf einen großen Teil der Milch zugunsten einer ethischen Nutztierhaltung.

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

 Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

KLIMASTREIK AM 20. SEPTEMBER

Alle fürs Klima

Rund 1,4 Millionen Menschen gingen am 20. September deutschlandweit in 575 Orten und Städten unter dem Motto »Alle fürs Klima« auf die Straße, um für konsequente Klimapolitik und die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu demonstrieren. Wir wollen zusammen auf den Klimastreik zurückblicken mit Eindrücken aus Bremen, Köln und Stuttgart.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Es sind längst nicht mehr nur Schüler*innen, die seit Monaten jeden Freitag auf die Straße statt zur Schule gehen. Inzwischen solidarisieren sich unzählige Gruppen mit der Fridays for Future-Bewegung, seien es Parents for Future, Scientists for Future oder

Queers for Future. Der Klimastreik wurde so zu einem »Fest der Generationen« – auch wenn der Anlass kein schöner war: Das so genannte Klimakabinett präsentierte am gleichen Tag in Berlin ein »Klimapaket« und bezeichnet dieses als »Durchbruch«. Aktivist*innen halten es hingegen für »völlig unzureichend«.

So bezeichnet der Klimaforscher Mojib Latif das Klimapaket als »Nullnummer«: Das 1,5-Grad-Ziel werde Deutschland mit diesen Maßnahmen radikal verfehlen. Fridays for Future macht deutlich: »Für die heutige sowie die nachfolgenden Generationen bedeutet das eine instabile Zukunft, sogar eine existentielle Bedrohung!« Vier Millionen Menschen

weltweit machten am 20. September deutlich: Sie werden nicht länger dabei zusehen, wie die Menschheit weiterhin an dem Ast sägt, auf dem sie sitzt.

Der nächste globale Aktionstag ist für den 29. November geplant – kurz vor Beginn der UN-Klimakonferenz.

Link: <https://fridaysforfuture.de>



Fotos: Fabian Steffens



▲ SchülerInnen, Eltern, GewerkschafterInnen und BahnhofsgegnerInnen demonstrierten gemeinsam auf dem Stuttgarter Schlossplatz. Auf der Kundgebung mit 20.000 TeilnehmerInnen wurde mit dem Konzept Umstieg21 das Ende des klimaschädlichen Stuttgart21-Projekts gefordert. Foto: Klaus Gebhardt



Fotos: Herbert Sauerwein

SOZIALGENOSSENSCHAFTEN IN SÜDTIROL

Neue Ideen für die Versorgung älterer Menschen

Sozialgenossenschaften genießen in Südtirol und Italien finanzielle Entlastungen, weil sie Interessen der Allgemeinheit (Typ A Sozialgenossenschaften) oder die soziale Integration von benachteiligten Menschen (Typ B Sozialgenossenschaften) verfolgen. Beide Formen sind gesetzlich geregelt und gelten nach ihrer Anerkennung automatisch als Non-Profit-Organisation, müssen also nicht wie in Deutschland aufwendig die Gemeinnützigkeit beantragen. Viele finanzieren sich überwiegend durch Aufträge der öffentlichen Hand.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Nutznieser der Dienstleistungen der sozialen Genossenschaften von Typ A in Italien sind Personen, die Unterstützung brauchen. Ihre Angebote bedürfen einer besonderen Begründung wie Alter oder schwierige persönliche und familiäre Situationen. Vor diesem Hintergrund werden mehrere Altenheime in Südtirol als Sozialgenossenschaft geführt. Sie bieten älteren Menschen Wohnraum, die notwendige Pflege und ein geistig und physisch anregendes Ambiente an. Beispiele für solche Kooperativen sind die Villa Carolina in Meran, das Seniorenwohnheim Schloß Moos in Pfatsch sowie die soziale Genossenschaft Altenheim Eden. Ihre Größe ist überschaubar und sie befinden sich meist in sehr ansprechender Umgebung.

Genossenschaftlich geführte Wohnheime

Seit 1957 organisiert das Altenheim Eden ein Seniorenwohnheim in Meran. Das Gebäude und die sehr attraktive, großzügige Parkanlage befinden sich im Eigentum der Genossenschaft. Das Haus umfasst 30 Einbettzimmer und 21 Zweibettzimmer mit jeweils eigenem Bad. Pflegebäder, Stationszimmer, Aufenthaltsräume, Speisesaal, Küche und Wirtschaftsräume sind über die Stock-



▲ Hausbesuche gehören zum Leistungsspektrum der Familien- und Seniorendienste Sozialgenossenschaft in Lana.

Foto: Familien- und Seniorendienste Sozialgenossenschaft Lana

werke verteilt. Das Haus versucht alle Bedürfnisse der Bewohner*innen abzudecken. Besucher*innen werden ohne Einschränkung der Besuchszeiten immer willkommen geheißen.

Die Sozialgenossenschaft Humanitas24, angesiedelt in Bozen, arbeitet im Unterschied dazu als Personalvermittlungsgesellschaft für Private. Sie bietet sowohl stundenweise Betreuungen, als auch »Rund-um-die-Uhr«-Betreuung an. Alle Aufgaben, die die Anstellung für die Betroffenen mit sich bringen, werden von ihr erledigt. Beratung in allen Fragen rund um die Pflege und Betreuung zu Hause gehören ebenso zum Tätigkeitsspektrum, wie die Entlastung von jeglichen bürokratischen Aufgaben. Nach der Vermittlung einer geeigneten Betreuungskraft organisiert sie die Anstellung bei den Privaten, den Arbeitsvertrag und die monatliche Lohnabrechnung. Auch bei Verän-

derungen in der Begleitung, wenn beispielsweise eine Ersatzperson benötigt wird, steht sie ihren Kund*innen als anerkannte Agentur für Personalsuche und -auswahl zur Seite.

Umfassende pflegerische Leistungen

Breiter aufgestellt ist die Familien- und Seniorendienste Sozialgenossenschaft in Lana. Als soziale Einrichtung agiert sie ohne Gewinnabsichten. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Hauspflege, Essen auf Rädern, gesundheitsfördernde Kurse, Kuraufenthalte, Meer- und Bergferien sowie der Organisation von Selbsthilfegruppen für pflegende Angehörige. Mitglieder der Genossenschaft sind Gemeinden und Einzelpersonen. Die genossenschaftlichen Strukturen bestehen aus der Vollversammlung, dem Verwaltungsrat, dem Aufsichts-

organ, dem Präsidenten, sowie den Mitarbeitenden. Betreut werden Familien, Senioren und Personen in sozialen Notlagen.

Heute, knapp 50 Jahre nach der Gründung, zählt die Sozialgenossenschaft zu den vom Land akkreditierten privaten Pflegediensten Südtirols. 25 hauptberufliche Mitarbeiter*innen, Sozialbetreuer*innen und Pflegehelfer*innen sind täglich im Einsatz, um Personen und Familien in Notsituationen, Senioren, sowie Menschen mit Behinderung zu helfen. Die pflegerischen Leistungen werden am Wohnort und in den Tagesstätten erbracht. 190 Freiwillige des Vereins »Freiwillige im Familien- und Seniorendienst« unterstützen diesen tatkräftig bei der Essensverteilung, bei Behördengängen, Transporten und Begleitdiensten und anderem. Zwei weitere Beispiele unterstreichen die Zukunftsfähigkeit dieses sozialgenossenschaftlichen

Ansatzes: Die Genossenschaft Sozialassistenz mit Sitz in Bozen ist ähnlich konzipiert, während Xenia als Sozialgenossenschaft Onlus den Anspruch hat, im Bedarfsfall alle familiennahen Dienstleistungen abzudecken.

Kooperation für Wohnen im Alter

Als eine Art Sekundärgenossenschaft bzw. Plattform ohne Gewinnabsicht versteht sich die Dienstleistungsgenossenschaft »Wohnen im Alter«. Sie wurde erst im Mai 2016 gegründet. Ihr Ziel ist, das Leben der Südtiroler Bevölkerung im Alter zu verbessern. Das Bündeln zahlreicher Dienste soll älteren Personen und deren Angehörigen den Zugang zu diesen erleichtern. Durch die Zusammenarbeit verschiedenster Organisationen werden neue innovative Angebote für Senioren konzipiert. Sie sollen die bestehenden Dienste des Sanitäts- und Sozialwesens, sowie der Seniorenwohnheime ergänzen und neue Wege für das Einbeziehen des Ehrenamtes gehen.

Eingebunden werden möglichst alle dafür relevanten Organisationen und so deren Angebote vermittelt. Das reicht u.a. vom Rettungsverein, der Raiffeisenkasse Bozen über die genossenschaftliche Forschungseinrichtung Sophia bis hin zur Sozialgenossenschaft Humanitas24 oder dem Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft. Dieser bunte Ausschnitt seniorentützender Genossenschaften verdeutlicht, welche Vielfalt sinnvoller Konzepte sich allein schon in diesem Arbeitsfeld verwirklichen lässt.

Links:

www.swh-eden.com,
<http://humanitas24.net>,
www.fsd-lana.it,
www.sozialassistenza.it/de,
<http://www.cooperativaxenia.com>,
www.wohnen-im-alter.it,
www.sozialgenossenschaft-vinzenz.it.

BUCHBESPRECHUNG

Von Italien lernen

Das Genossenschaftswesen in Italien weist Besonderheiten auf, die im internationalen Vergleich einzigartig sind. In einer Veröffentlichung verdeutlicht der Autor Oskar Kiesswetter die Vielfalt italienischer Genossenschaften mit ihren eigenen normativen, organisatorischen und sozialen Aspekten.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Zu den italienischen Besonderheiten gehört, dass soziale Aufgaben ausdrücklich von genossenschaftlichen Unternehmen übernommen werden können. Neben der traditionellen Mitgliederförderung wird dies als Ausprägung eines zweiten, besonderen Förderauftrages gesehen. Vor diesem Hintergrund gibt es in Italien genossenschaftliche Unternehmen, die die Eingliederung von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt betreiben.

Das Buch »Genossenschaften Made in Italy« gibt den Leser*innen einen generellen Überblick über die Geschichte, Gesetzeslage und Besonderheiten der italienischen Genossenschaften. Es füllt damit eine jahrelange Lücke, da im deutschsprachigen Raum keine ausführlicheren Publikationen über das italienische

Genossenschaftswesen vorliegen. Nun können fundierter als bisher grenzüberschreitende Vergleiche gemacht und italienische Strukturen und Erfahrungen des Genossenschaftswesens als Lern- und Experimentieranstoß genutzt werden.

Die vorliegende Aufarbeitung lässt sich hervorragend für Denkansätze zur Weiterentwicklung der deutschen Bürger- und Sozialgenossenschaften nutzen, die im Unterschied zu Italien bisher trotz ihres gemeinwohlorientierten Charakters nicht auf gesetzliche und steuerliche Vorteile zurückgreifen können. Die Anstoßfunktion gilt beispielsweise für die in den jüngsten Krisenjahren erfolgreichen genossenschaftlichen »Worker Buyout« in Italien. Sie dürfen Arbeitslosenunterstützung als Startkapital für die Übernahme von Krisenbetrieben verwenden. Grundlage dafür ist das Marcora-Gesetz. Sowohl für die deutsche Start-Up-Szene im Innovationsbereich, als auch die Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit stecken darin wichtige Anregungen zu einer imitierenden Weiterentwicklung in Deutschland.

Impulsgebend für die deutsche Diskussion ist auch die Erweiterung des oft zu eng interpretierten genos-

schaftlichen Förderauftrags. Das italienische Modell weist neben der wirtschaftlichen Mitgliederförderung die Besonderheit eines sogenannten zweiten Förderauftrags auf. Sie ist sogar in der italienischen Verfassung im Artikel 45 verankert. Er lautet: »Die Republik erkennt die soziale Aufgabe des Genossenschaftswesens an, sofern es nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und ohne Zwecke der Privatspekulation aufgebaut ist. Das Gesetz fördert und begünstigt mit den geeignetsten Mitteln seine Entfaltung und sichert durch eine zweckdienliche Aufsicht seine Eigenart und Zielsetzung.«

Selbsthilfe der Einwohner*innen

Entsprechend stecken die wichtigsten Innovationspotentiale in den italienischen Sozialgenossenschaften, zum Beispiel wenn mit unternehmerischer Ausrichtung bei der Arbeitseingliederung aus Benachteiligten Beteiligten werden. Kiesswetter erläutert das Sondermodell der Sozialgenossenschaften, die mit ihren Diensten die sozialen Leistungen der öffentlichen Hand wirksam ergänzen und benachteiligte Menschen in den Arbeitsmarkt eingliedern. Er geht zudem auf die

jüngste Neuerung der italienischen Bewegung ein, die sich »cooperative di comunità« nennen. Sie stellen kommunale und regionale Gemeinschaften in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Ohne die Selbsthilfe der Einwohner*innen würden diese wegen der benachteiligten Lage, der Strukturschwäche oder der Abwanderungsgefahr ins Abseits gedrängt werden.

Kiesswetter schreibt bewusst für das ausländische, deutschsprachige Lesepublikum. Er geht auf Eigenheiten ein, die im grenzüberschreitenden Vergleich besonders relevant sind. Dazu gehört auch die effiziente und kostengünstige Revision (Prüfung der Genossenschaften), die ohne Verbandspflicht gewährleistet ist. Für Deutschland wäre das eine »Revolution«. Deutlich wird: Trotz geringerer Zwänge entwickelte sich die genossenschaftliche Unternehmensform in Italien zu einem Erfolgsmodell. Entstanden sind zeitgemäße Kooperationsformen. Hervorzuheben sind die Mutualitätsfonds der Genossenschaften, die als innovative Finanzinstrumente mit den Gewinnen bestehender Genossenschaften vor allem junge Unternehmen fördern. Eine lesenswerte Fundgrube für genossenschaftliche Weiterentwicklung in Deutschland!

Kiesswetter, Oskar: Genossenschaften Made in Italy - Ein Erfolgsbericht, hrsg. von der Heinrich-Kaufmann-Stiftung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg, (Verlag: Books on Demand GmbH) Norderstedt 2018, 224 Seiten, Buch 19 Euro, E-Book 9,99 Euro.

ANZEIGE

Wie & wann kam der Islam nach Deutschland? Welche Konfessionen und Strömungen gibt es im Islam? Ist der Islam gefährlich?

Islam in Deutschland
Magazin Verlag, 2017, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Sorge ist in der kapitalistischen Ökonomie nicht vorgesehen

Brigitte Aulenbacher ist Professorin für Soziologie an der Johannes Kepler-Universität in Linz. Sie forscht unter anderem zu Care Work und Kapitalismusanalyse und hat 2015 das Buch **Feministische Kapitalismuskritik mit herausgegeben. Das folgende Interview gab sie attac. CONTRASTE dankt für die Genehmigung zum Nachdruck.**

Was verstehen Sie unter Kapitalismus, was zeichnet dieses System aus?

Kapitalismus ist in erster Linie ausgezeichnet durch die Eigentumsverhältnisse. Wir haben ein Privateigentum an den Produktionsmitteln und wir haben eine daran gekoppelte Verfügungsgewalt über diese Produktionsmittel. Damit hängt ganz stark zusammen, in welche Richtung diese Gesellschaft ökonomisch getrieben wird, welche Entscheidungen in ökonomischer Hinsicht fallen. Wir sehen seit geraumer Zeit auch eine immer enger werdende Verflechtung zwischen Politik und Ökonomie. Also auch politische Entscheidungen sind dadurch geprägt, wie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel organisiert ist.

Was hat das damit zu tun, wie Menschen arbeiten?

Das zweite Moment, das man bei Kapitalismus grundlegend nennen kann, ist, dass er dadurch charakterisiert ist, wie Arbeit gesellschaftlich organisiert ist. Gerade in den letzten

Jahren haben wir hier eine erhebliche Entwicklung in Richtung atypischer prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen. Wir haben eine Situation, die in den USA unter »Working Poor« bekannt wurde, dass man zwar arbeitet, aber von dem Geld, das man für die Arbeit einnimmt, nicht mehr leben kann. Wir haben also in unseren Regionen eine Verletzung vormals etablierter sozialer Standards in ganz vielen Bereichen und durch verschiedene Beschäftigungsfelder hindurch.

Wie beeinflusst der Kapitalismus das gesellschaftliche Leben neben dem rein ökonomischen Bereich?

Ein wichtiger Aspekt ist der Care-Bereich. Unter dem Begriff Care wird die Sorge für sich und andere verstanden, also all das, was erforderlich ist, damit Menschen leben und miteinander zusammen leben können, von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege und als ganz alltägliches Geschehen. Care ist ein Fundament von Gesellschaft. Im Kapitalismus haben wir die widersprüchliche Situation, dass dieses Fundament gebraucht wird, dass es aber in der kapitalistischen Ökonomie nicht vorgesehen ist. Im Gegenteil, diese Ökonomie entwickelt sich so, als sei die Gesellschaft ohne jede Sorge möglich, als sei es eine reine Privatsache, wie Menschen für sich und andere sorgen. Ich sehe heute drei große Tendenzen in diesem Feld. Erstens, dass der ganze traditionelle Care-Sektor – darunter verstehe ich den staatlichen Sektor, den dritten Sektor

oder die Gemeinwirtschaft, aber auch verschiedene Formen privater Sorgebeziehungen – unter einen erheblichen Ökonomisierungsdruck geraten ist. Wir haben es hier mit ganz verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen zu tun und es kommt nicht von ungefähr, dass die Verhältnisse in verschiedenen Bereichen wie der Altenpflege, aber auch in der Kinderbetreuung immer wieder skandalisiert werden. Zweitens sehe ich einen großen Schub in Richtung einer neuen Form der Ökonomisierung. Das ist zum einen die Verprivatwirtschaftlichung von Care, worunter auch die Entwicklung von neuen Care-Technologien, die Digitalisierung von Care oder Care- und Wellness-Industrien fallen. Zum anderen geht auch ein Teil der sozialstaatlichen Entwicklung in diese Richtung. In Kinderbetreuung beispielsweise wird weltweit investiert, weil es um das Humankapital der Zukunft geht, also weil Kinder als Humankapital gesehen werden. Es wird in die Unterstützung von Frauen investiert, weil sie das Humankapital der Gegenwart sind, das noch nicht ausgeschöpft ist. Care wird hier sozusagen ein Mittel zum Zweck. Und drittens gibt es Alternativbestrebungen. Es gibt zahlreiche Protestbewegungen im Feld von Care. Sie arbeiten zum Teil berufsübergreifend, branchenübergreifend, gewerkschaftsübergreifend und das macht diese Protestbewegungen relativ einzigartig und auch erstaunlich stark.

Zeichnet sich dabei schon so etwas wie ein Wirtschaftssystem nach dem Kapitalismus ab?



▲ Brigitte Aulenbacher

Foto: Privat

Es zeichnet sich eine ganze Reihe von alternativen Projekten neuen Zuschnitts ab. Im Bereich der Sorgeökonomie finden wir mittlerweile ganz neu angedachte Formen von Caring Communities, die in neuer Weise mit Freiwilligenarbeit, mit bezahlter Arbeit, mit professioneller Arbeit arbeiten und die so die Frage neu aufwerfen: Wer soll in dieser Gesellschaft welche Arbeit zu welchen Bedingungen leisten? Daneben gibt es eine Diskussion um das gute Leben

und die Frage: Wie wollen wir eigentlich leben und was heißt das gute Leben global? Gutes Leben muss letztlich für alle möglich sein. Und das, was wir bislang unter gutem Leben verstehen – wirtschaftliches Wachstum, technologischer Fortschritt mit allen ökologischen Katastrophen, die wir momentan mitvollziehen – das ist mit Sicherheit nicht globalisierbar und weit entfernt von einer Gesellschaft, die sorgsam mit Mensch und Natur umgeht.

EINE WELT NACH DEM KAPITALISMUS

»Wir befinden uns an einer Wegscheide«

Klaus Dörre ist Professor für Soziologie an der Universität Jena mit Schwerpunkt Kapitalismustheorie. Er hat 2016 den Aufsatz »Grenzen der Landnahme. Der Kapitalismus stirbt nicht von allein, doch wir können ihn überwinden« veröffentlicht. CONTRASTE dankt dem globalisierungskritischen Netzwerk attac, das die Fragen an ihn stellte, für die Genehmigung zum Nachdruck.

Was verstehen Sie unter Kapitalismus, was zeichnet dieses System aus?

Der Kapitalismus ist die einzige Gesellschaftsform, die das Leben aller Menschen, das der Kapitalisten eingeschlossen, von Marktimperativen abhängig macht. Marktimperative bedeutet: Märkte eröffnen nicht nur Möglichkeiten, sondern Märkte sind mit Zwängen verbunden. Diese Zwänge sind kurz gesagt: Der Zwang zu Akkumulation und Wachstum und der

Zwang zur Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur. Das würde ich als Kapitalismus bezeichnen.

Was hat das damit zu tun, wie Menschen arbeiten?

Der Kapitalismus beruht auf der Scheidung der großen Masse der Menschen von ihren Produktionsmitteln, der Monopolisierung der Produktionsmittel bei einer kleinen Klasse von Besitzenden. Und das führt dazu, dass die große Mehrheit keine andere Wahl hat, ihr Leben zu reproduzieren, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wobei global gesehen nur eine Minderheit von Menschen dem Bild des doppeltfreien Lohnarbeiters, der doppeltfreien Lohnarbeiterin entspricht, wir haben es mehrheitlich mit sehr vielen Formen von abhängiger und entwürdigender Arbeit zu tun. Das Spektrum reicht von prekärer Arbeit bis zu neuen Formen der Sklaverei.

Wie sieht der Kapitalismus in zehn oder zwanzig Jahren aus?

Wir befinden uns an einer Wegscheide. Wir haben es inzwischen in frühindustrialisierten Ländern mit einem Kapitalismus zu tun, der seinen Wachstumsimperativen nicht mehr nachkommt. Also haben wir es mit einem Postwachstums-Kapitalismus zu tun, für den rasches, permanentes Wachstum nicht mehr zu realisieren ist. Gleichzeitig werden in ökologischer Dimension planetarische Belastungsgrenzen überschritten und auch soziale Belastungsgrenzen. Das bedeutet, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung kapitalistischer Krisen, nämlich die Generierung von Wirtschaftswach-

tum auf fossilistischer Grundlage, wenn es überhaupt noch zu stimulieren ist, notwendig ökologische Krisen und Gefahren vergrößert. In dieser Konstellation gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder es gelingt, Gesellschaften bei geringem Wachstum stabil zu machen oder es muss gelingen, das Wachstum nachhaltig zu machen und so den Kapitalismus zu retten oder ihn durch eine andere Gesellschaftsordnung zu ersetzen. In solchen Entscheidungssituationen gibt es immer unterschiedliche Wege. Ich sehe im Wesentlichen vier: Die eine wäre ein autoritärer Kapitalismus mit geringem Wachstum, wo die dominanten Akteure dazu übergehen, zu Räufern zu werden, um Profite auf Kosten anderer zu sichern. Das ist ein kriegerischer Katastrophenkapitalismus und vieles deutet in diese Richtung. Variante zwei wäre ein digitaler Kapitalismus in dem Sinn, dass man mit der technologischen Revolution einen neuen Wirtschaftswachstumsschub einleiten kann. Das sehe ich nicht, weil diese Technologien arbeits- und kapitalsparend wirken. Ähnlich würde ich für den grünen Kapitalismus argumentieren: Also Natur und Biosphäre und die ökologischen Gefahren werden zur Anlagensphäre für Kapital und es gibt so etwas wie einen »grünen New Deal«, das heißt die Förderung nachhaltiger Technologien, Produktionsverfahren und Lebensstile. Das wäre besser als der Katastrophenkapitalismus, aber bisher hat noch niemand erklären können, wie man das sogenannte Walmart-Prinzip ausschaltet. Damit ist gemeint, dass viel in ökologische Nachhaltigkeit investiert wird, zugleich aber die Gewinne, die so



▲ Klaus Dörre

Foto: stephan-roehl.de

erzielt werden, in die Ausdehnung des Geschäfts gesteckt werden und so alles wieder aufgezehrt wird, was durch Nachhaltigkeitsmaßnahmen erreicht worden ist. Das ist halt die Funktionsweise von Kapitalismus. Meine Wunschoption wäre dagegen eine neo-sozialistische Postwachstums-Gesellschaft – eine Gesellschaft, die strukturelle Wachstumszwänge demokratisch einhegt.

Wie könnte so ein nachkapitalistisches System aussehen?

Erstens müsste die stoffliche Dimension von industrieller Produktion umstrukturiert werden in Richtung langlebige Produkte und Konversion von wichtigen Industrien – etwa der Automobilindustrie hin zur Schaffung von neuen Mobilitätssystemen. Das zweite Feld wäre demokratisches

Umverteilen. Selbst die Eliten merken heute, dass die klassenspezifischen Ungleichheiten ein Ausmaß angenommen haben, das das Wirtschaftswachstum bremst. Das dritte Feld, Wirtschaftsdemokratie, ist natürlich sehr viel schwieriger, da geht es nicht nur um konventionelle Umverteilung, sondern um die Umverteilung der Entscheidungsmacht insbesondere in den großen Unternehmen. Aber auch da ist etwas in Bewegung, ähnlich wie beim Thema Sozialismus. Nicht zuletzt in den USA, bei Bernie Sanders, spielt der demokratische Sozialismus ja wieder eine Rolle. Ein letzter wichtiger Punkt wäre eine Neustrukturierung der Außenbeziehungen, der internationalen Politik, die vor allen Dingen darauf ausgerichtet ist, Krieg als Mittel der Außenpolitik zu verhindern.

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Südländischer Herd mit südländischen Ingredienzien in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de



DER SSK IN DEN SIEBZIGERN

Selbsthilfe erkämpft Menschenrechte

Im Nachhinein erscheint es wie ein Wunder. Ein kleiner Verein hat Geschichte geschrieben in den 1970er und 1980er Jahren der BRD. Jahr um Jahr legten die Aktivist*innen des Vereins »Sozialistische Selbsthilfe Köln« (SSK) die Finger in die Wunden des Kapitalismus, der doch das beste aller Gesellschaftssysteme zu sein versprach – zumindest in den westlichen Zentren, zu denen 20 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg auch Westdeutschland wieder zählte.

HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

In verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen war der SSK erfolgreich. Die Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen wurde humanisiert, die Psychiatriereform wurde auf den Weg gebracht. Dazu konnten in Köln etliche Häuser und Wohnungen vor den Sanierungsspekulanten gerettet werden. Der Dreh: Sozial engagierte Menschen schließen sich mit an den gesellschaftlichen Rand gedrängten Menschen in Gemeinschaften zusammen und entwickeln eine beharrliche Widerstandskraft.

Natürlich können große Ziele nur mit Unterstützung von vielen erreicht werden, aber stets müssen Menschen – Schwierigkeiten in Kauf nehmend – mutig den Weg frei machen. Eine historische Skizze:

»Illegale« obdachlose Jugendliche

Das »Tausendjährige Reich« endete 1945, aber die »Schwarze Pädagogik« des Nazi-Deutschland ging in den Kinder- und Jugendheimen ungehemmt weiter. Gehorsam, Drill und Arbeitszwang wurden mit Prügel und Isolationszelle durchgesetzt. Ein Eldorado für Sadist*innen und Pädophile. Heute schätzen Experten, dass zehn Prozent der Heimzöglinge sexuell erniedrigt oder vergewaltigt wurden. Widerstand zwecklos, keiner wollte den Opfern glauben.¹ Flucht war meist aussichtslos, da die Ausreißer*innen von der Polizei wieder zurückgebracht wurden. Tausende versuchten trotzdem, unterzutauchen. Ohne Geld und ohne Wohnung konnten sie sich nur durch Klauen und Prostitution über Wasser halten. Von den Behörden wurden sie abwertend »streuende Jugendliche« genannt. Alle Institutionen schauten weg, statt zu handeln.

Schließlich brachte der Sozialistische Studentenbund (SDS) die Lage der Heimkinder im Jahre 1969 in die bundesdeutsche Öffentlichkeit. In Köln ergriffen einige die Initiative und gründeten mit engagierten Sozialarbeiter*innen Ende des Jahres den Verein »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln«. Die Mitglieder brachten nach ihren Möglichkeiten entlohene Kinder vorerst in ihren Wohnungen und WGs unter. Bekam die Polizei dies aber mit, wurden die Zöglinge wieder ins Heim oder zu ihren prügelnden Eltern zurückgebracht.

Innerhalb des SSK setzten sich in den nächsten Monaten diejenigen durch, die am stärksten politisch dachten. Nicht nur einzelnen Jugendlichen sollte geholfen werden, nicht nur vereinzelte kleine Reform-Projekte sollten angestrebt werden, sondern für alle geflohenen Zöglinge sollte das Menschenrecht auf Existenz, Wohnung und Arbeit durchgesetzt werden. Die Heimkinder wurden als »Ausschuss«² gesehen, bei denen die übliche Lohnarbeiter-Sozialisation nicht gelang. Deren regelrechte Kasernierung in den Heimen sollte den Schüler*innen und den Lehrlingen Drohung sein: Besser die Hierarchie und die Schikane in den Betrieben aushalten, als in der Heim-Hölle zu landen. Der SSK-Widerstand gegen die Schwarze Pädagogik war Klassenkampf: Es ging um die Verbesserung der Lage der Arbeitenden insgesamt, letztlich um Befreiung aus Unterdrückung hin zu einem selbstbestimmtem, freien Leben. Es ging um die Transformation der Fließband-Arbeitsdiktatur hin zur gesellschaftlichen Teilhabe aller.

In den kommenden Jahren organisierten sich engagierte SSKler und entlohene Jugendliche gemeinsam in »Wohnzellen«. Dort wurden die individuellen Probleme angepackt, zum anderen die Missstände in Kölner Heimen aufgedeckt und in der eigenen Zeitung »Ana&Bela« veröffentlicht. Häuser wurden kurzzeitig besetzt, um auf die schlimme Situation aufmerksam zu machen. Das Ziel war ein Kontakt-Schutzzentrum für Entlohene einzurichten, von wo aus dann die Probleme der Kinder und Jugendlichen angepackt werden sollten, perspektivisch auch eine Ausbildung oder eine Arbeit vermittelt werden sollte. Die



▲ Februar 1974: Große Kölner Demonstration gegen das SSK-Verbot

Foto: Gernot Huber

Miete eines Gebäudes, die Personalkosten für die Betreuenden und ein Tagesgeld für die Betreuten sollte das Jugendamt der Stadt Köln bezahlen.

Tatsächlich konnte dies im Mai 1973 realisiert werden, ein Quantensprung. Aber schnell wurde es der Stadt zu teuer, da sich diese Anlaufstelle schnell herumsprach und so auch Jugendliche aus anderen Städten kamen. Eine geforderte Begrenzung kam für den SSK aber nicht in Frage. Der Verein wollte so viele aufnehmen, wie er selbst zu verkraften gedachte. 40 waren »erlaubt«, real waren es 200. Das Klima zwischen Politik und Projekt verschärfte sich. Land und Stadt Köln drehten schließlich trotz Protesten und großer Demonstration im Februar 1974 den Geldhahn zu. Das Kontaktzentrum wurde geschlossen, die Zöglinge sollten wieder in die Heime zurück. Ein Teil der Jugendlichen tauchte – organisiert vom SSK – wieder unter.

Lebensunterhalt gemeinsam verdienen

Als nach einigen Wochen das Geld ausging, kam die rettende Idee: SSKler und etwa 50 der verfolgten Jugendlichen gründeten eine Selbsthilfe, um sich den Lebensunterhalt gemeinsam zu verdienen durch Wohnungsaufösungen und Verkauf des Hausrates in eigenen Secondhand-Läden. »Helft dem SSK« – mit diesem Slogan wandten sie sich an die Kölner Öffentlichkeit. So wurden Möbel gespendet, ebenso Geld, um den Lkw zu unterhalten. Der Kölner Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll stiftete sogar ein Haus für die Gruppe. Dies war der Beginn einer neuen Ära. Aus den »Sozialpädagogischen Sondermaßnahmen« wurde der neue Verein »Sozialistische Selbsthilfe Köln«.

Aus betreuenden Student*innen und Sozialarbeiter*innen einerseits, aus betreuten geflohenen Kinder und Jugendlichen andererseits wurden nun Genoss*innen, die gemeinsam ihr Wohnen und ihre Firma »Wir packen an« verwalteten. Jede und jeder brachte nun seine Fähigkeiten und sein Können in die Gemeinschaft ein, so gut sie oder er konnte. Die Einnahmen kamen in eine gemeinsame Kasse, aus der dann ein gleiches Taschengeld für alle gezahlt wurde. In den meist täglichen basisdemokratischen Sitzungen wurde gestritten und entschieden, jedes Mitglied hatte gleiches Stimmrecht. Für die gegängelten Zöglinge tat sich die Tür zur Freiheit und zur Verantwortung auf. Sie entschieden sich dann doch für Lohnarbeit und vermeintli-

che Sicherheit. So war die Fluktuation damals wie heute relativ hoch, auch in all den weiteren Selbsthilfegruppen, die noch entstehen sollten. Zeitweise gab es politische Selbsthilfe-Gruppen in Bergisch-Gladbach, Düsseldorf, Oberberg, Wuppertal, Dortmund, Bielefeld und gar in Ostfriesland. Der SSK wie der später entstandene SSM waren immer beides: Firma mit Wohnraum und politische Gruppe, die nach Kräften einzelnen an den Rand gedrängten Menschen tatkräftig hilft, zugleich deren Menschenrechte vehement einfordert.

Der unentwegte, mutige, konsequente Einsatz des SSK für obdachlose Kinder und Jugendliche brachte Politik und Verwaltung in enormen Zugzwang. Schließlich wurde das Heimrecht reformiert, die Prügelstrafe verboten.

Von 1975 bis in die 1980er Jahre hinein kämpfte der SSK gegen die horrenden Missstände in den psychiatrischen Landeskrankenhäusern (LKH). Hier wurden nachgewiesenerweise auch gesunde Jugendliche und Erwachsene weggesperrt. Patient*innen wurden ruhig gespritzt, teils in den Tod. Sadismus und sexuelle Verbrechen blieben ungeahndet. Möglich wurde dies, weil die überregionale Verwaltungsbehörde LVR (Landesverband Rheinland) unkontrolliert von politischen Gremien über die Anstalten »regierte«.

Gegen die Sanierungsspekulanten

Der SSK erfuhr nach und nach von schlimmen Einzelschicksalen und startete eine Dauerkampagne. Hunderte von Anzeigen wurden eingereicht, ein Beschwerdezentrum eingerichtet, die Zeitung »Unbequeme Nachrichten« herausgegeben. Alles wurde vom LVR gelehnet, niemand griff durch, auch die Staatsanwaltschaft versagte.

Schließlich startete der SSK »Besetzungen« in den Häusern, ermöglichte Patient*innen zu fliehen, nahm diese in ihre Mitte auf. Unabhängig vom Tropf der Staatsknete konnten die Aktivist*innen unerschrocken auftreten. Das geringe Taschengeld nahmen sie dafür in Kauf. Es kam zu Prozessen gegen SSKler, die mit Freispruch endeten. Endlich gab es auch einen Prozess gegen den alkoholkranken Leiter des LKH. Ein Urteil wurde nicht gesprochen, da dieser selbst als »irre« beurteilt wurde. Nicht locker lassend wurden schließlich mehrere LKH geschlossen, die Bahn war frei für die Reform der Psychiatrie samt des LVR. Nur für einen Teil war das das Richtige, andere stiegen nach einiger Zeit wieder aus.

Der Kampf um die Häuser lief parallel. In mehreren Kölner Vierteln standen in den 1970er und 1980er Jahren Sanierungen an. Sie waren im Kern Bereicherungsprogramme für Reiche, während die Armen zu weichen hatten. Auch hier ging der SSK in erster Reihe voran, gleichzeitig schmiedete er Bündnisse mit Bewohner*innen und anderen Organisationen. Altbauten-Häuser wurden besetzt und renoviert, Profitinteressen ans Tageslicht gebracht, Verstöße gegen Gesetze aufgedeckt. Vieles konnte nicht verhindert werden, aber doch wurde eine beträchtliche Zahl an Häusern für »kleine Leute« gerettet. In Köln-Mülheim musste die Stadtverwaltung sogar umplanen. Statt Protzbauten wurden Sozialwohnungen gebaut.

Das Thema Wohnungsnot ist bis heute geblieben und zur Zeit explosiv. Die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) ist aktuell mitten im Wohnungskampf dabei. Sie organisierte mit anderen Aktivist*innen bereits mehrere Hausbesetzungen, um ältere obdachlose Frauen menschenwürdig unterzubringen. Die Zeitungen berichteten. Das Thema ist nun in aller Munde und die Stadt Köln gerät in die Defensive. Politische Selbsthilfe goes on.

ANZEIGE

Informativ, knapp und klar:

Ossietyzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietyzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegieriger Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietyzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietyzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietyzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietyzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net



PORTRÄT DER SOZIALISTISCHEN SELBSTHILFE MÜLHEIM

Sozialismus à la SSM

In Köln lebt nun schon seit 40 Jahren die Mülheimer Selbsthilfe ganz konkret Neues im Alten. Sozial engagierte Menschen haben sich mit Verlierer*innen und Ausgegrenzten der Konkurrenzgesellschaft zusammengeschlossen, um ihr gemeinsames Ding zu machen. Gleichheit statt Ausbeutung, Miteinander und Füreinander statt Ellbogenmentalität, Inklusion statt Ausgrenzung, Aufstehen gegen Ungerechtigkeiten statt Ohnmacht, das sind ihre sozialistischen Leitsätze.

HEINZ WEINHAUSEN, SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE MÜLHEIM

Das radikale Grundverständnis des Vereins deutet schon darauf hin: Der SSM ist mit seinen inzwischen 25 Mitgliedern politische Gemeinschaft und praktische Kritik des kapitalistischen Systems. Nichts weniger als die Veränderung des Bestehenden hat er sich auf seine Fahnen geschrieben, nicht morgen, sondern hier und heute und mit den Menschen von hier und heute. Und mag die Veränderung auch nur klitzeklein sein mitten im Meer eines blinden betriebswirtschaftlichen »business as usual«, so zeigt jedes Fortschreiten der Protagonist*innen einer solidarischen Gesellschaft doch Tag für Tag: Ein andere Welt ist möglich.

Ein-Topf-Wirtschaft

Seit eh und je ist beim SSM alles ganz einfach und durchschaubar. Alles Geld aus Wohnungslösungen, dem Secondhand-Laden – inzwischen auch aus anderen Bereichen – kommt in den einen Finanztopf der Gruppe. Daraus werden die Haus- und Wohnkosten bezahlt, die LKW unterhalten, politische Aktionen gestemmt, diverses Werkzeug und Maschinen angeschafft, es wird die Sozialversicherung beglichen. Zum Schluss bleibt dann ein Taschengeld, das an jedes der Mitglieder des Selbsthilfevereins in gleicher Höhe zur persönlichen Verfügung ausgezahlt wird. Die Höhe richtet sich nach der Kassenlage. Jedes Mitglied hat zudem ein Recht auf angemessenen Wohnraum.

Mit weniger Geld besser leben

Eigenarbeit und Selbstversorgung sind der nachhaltige Clou beim SSM. Viele gebrauchte Dinge vom Tisch bis zum Buch nehmen wir aus den Wohnungslösungen. Secondhand bedeu-



▲ März 2019: SSM-Gruppenfoto vor dem neu eröffneten Secondhand-Möbellager

Foto: Wolfgang Hippe

tet 90 Prozent CO₂-Einsparung. Der Berufsverkehr entfällt, da wir am Arbeitsplatz wohnen. Wir heizen mit kostenlos besorgtem Holz, das wir zersägen oder spalten. Wir wohnen in selbst erbauten/renovierten Zimmern und Wohnungen. Das Mittagessen kommt aus den eigenen Töpfen. Das Wissen der Einzelnen steht allen zur Verfügung. Das »rechnet« sich. So braucht es deutlich weniger Erwerbsarbeit, um den

Lebensunterhalt zu verdienen. Dies schafft Zeit für Politisches wie Soziales. Menschen mit Beeinträchtigungen haben ebenso ihren Platz in der Gemeinschaft wie die Fitteren. Es muss bei uns eben nicht wie in der Fabrik immerzu alles »hoppladihopp« zugehen. Dies bedeutet auch, dass sich die Gruppe jede Woche einen ganzen Vormittag für eine Vollversammlung Zeit nehmen kann. Hier wird die Arbeit für die

kommende Woche geplant, und es werden eine Menge Probleme zusammen gewälzt und meist auch gelöst. Politik ist besonders wichtige Arbeit: »Wo Unrecht oder Missstand ist, da wehre dich redlich.« So hat der SSM sich stets auf Seiten der kleinen Leute in das Stadtteilgeschehen eingemischt. Und montagabends berät unsere Selbsthilfe mit Unterstützer*innen kostenfrei Hilfesuchende, die Ärger mit Behörden oder Vermietern haben.

Selbsthilfe für jedermann

Wer bei der »Neuen Arbeit« unserer Gemeinschaft mitmachen will, muss kein Abitur haben oder Geld einbringen, er oder sie muss nur guten Willens sein, sich ernsthaft einzubringen. Die Selbsthilfe bietet allen Interessierten eine Kennenlern-Woche an. Wer möchte, kann danach bei uns einsteigen, falls die Kapazitäten es zulassen. Nicht wenige Menschen »stranden« beim SSM, weil sie in eine Notlage geraten sind, z.B. obdachlos wurden. Mitmachen bedeutet auch, zu lernen, für sich wie für die ganze Gruppe Verantwortung zu übernehmen.

Als offene Gruppe lernen uns viele auch als Kund*in kennen, bei einem Umzug, einer Wohnungsauflösung, im Secondhand-Laden, beim Konzert, in einem Seminar oder beim Yoga. Im Stadtteil setzen wir uns mit anderen für bessere Lebensqualität ein. Zu etlichen Initiativen und Parteien halten wir Kontakt. Mit alledem sind wir ein wichtiger Netzwerkknoten geworden. Überregional ist der SSM Mitglied im Kommuja-Netzwerk wie im Verein »Second-Hand vernetzt«.

Anerkennung bekommen wir oft dafür, dass unsere Selbsthilfe an den Rand gedrängte Menschen vorbehaltlos in ihre Mitte aufnimmt und ihnen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von Sozialstütze gibt. Ein Unterstützer*innenkreis fördert uns stetig bei Investitionen. Unser SSM-Geheimnis ist die Mischung: »Neue Arbeit« verbindet die Stärken der Einzelnen und gleicht ihre Schwächen aus. Und: Nicht nur kleine Bretter bohren, gerade auch dicke. Das dickste war aktuell, den Neubau des Secondhand-Möbellagers samt Wohnraum zu stemmen. Tag für Tag lernen wir alle eine Menge dazu. Das hält uns lebendig und wir wachsen daran.

Infos: www.ssm-koeln.org

ANZEIGEN

Christ*innen für den Sozialismus
- antikapitalistisch und international
für das gute Leben für alle !



www.chrisoz.de
Kontakt: m-korbmacher@t-online.de

KUBA

Sanktionen durchbrechen, individuell!

Privatunterkunft nahe Hotel Habana Libre
Familiär, Alltagsanschluss, TouristGuide
Gerne auch WhatsApp
Tel. +53 5 266 8099 oder +49 160 93425476

40 JAHRE SSM

Von der Fabrikbesetzung zum Neubau

Am Sonntag, 3. November 1979, brachen Aktivist*innen das Tor zum Gelände der alten Schnapsbrennerei in der Düsseldorfer Straße 74 auf, um im Kölner Stadtteil Mülheim eine weitere Gruppe der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) zu gründen.

RAINER KIPPE, SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE MÜLHEIM

Es wurde Mülheim, weil die Sanierung des alten Arbeitervororts anstand und nichts Gutes verhieß. Einmischung war angesagt. Hier drohte mitten im Veedel der Abriss eines ganzen Straßenzuges, nämlich der Keupstraße und Holweider Straße nahe des Traditionsbetriebes F&G. Schmutzige Geschäfte von Lokalpolitiker*innen wurden von mutigen Menschen aufgedeckt, und mit dem Sturz der korrupten Lokalgrößen verschwanden auch die gesamten Abbruchpläne in der Versenkung. Bereits leergezogene Häuser wurden von der Mülheimer Selbsthilfe besetzt, von einem befreundeten Investor saniert und viele Jahre als preiswerter Wohnraum für kurdische Flüchtlinge genutzt.

Mit dem Erhalt der Keupstraße ist es dem SSK zum ersten Male gelungen, in die Gestaltung eines Stadtviertels einzugreifen und eine städtische Marke zu setzen. Das »Türkenviertel Keupstraße« mit seinen Restaurants, Teestuben, Schmuckhändlern und Brautmoden wurde möglich, welches heute weit über Mülheim hinaus bekannt ist und eine besondere Kölner Attraktion darstellt.

Durch Besetzungen gab der Verein auch den Anstoß zum Bau des Bürgerhauses MÜTZe und dem Um- und Ausbau des Kulturbunkers

Mülheim. In der Holweider Straße 128 in Mülheim entstand aus einer Hausbesetzung ein eigenes Projekt, in dem die Besetzer*innen das Gebäude renovierten und anbauten – schließlich wurden sie als Mitglieder des von ihnen gegründeten »Verein gegen den Strom« zu Erbpachtbesitzern des Hauses.

An drei Stellen konnte sich der SSM trotz starkem Engagement nicht durchsetzen: bei der Verhinderung der Umbaus des zentral gelegenen Mülheimer Wiener Platzes für den Durchgangsverkehr, an der Frage des Abbruches eines großen Häuserblocks im Barmer Viertel in Deutz und an der Neubebauung des ehemaligen Güterbahnhofes in Mülheim. Hier obsiegten überall die Interessen des großen Geldes. Innerstädtischer Lebensraum wurde nun rücksichtslos vermarktet.

Beim Wiener Platz immerhin tut sich derzeit wieder was: Die kaltschnäuzig durchgesetzte Rennstrecke Clevischer Ring zur Kölner Innenstadt ist ins Gerede gekommen, weil hier die höchsten Schadstoffwerte in Köln und NRW gemessen wurden. Die Selbsthilfe organisierte mit anderen Engagierten Blockaden und Sperrungen, und nun mehrten sich die Stimmen, die eine Reduzierung des Verkehrs und den Ausbau der Mülheimer Brücke für den Fahrradverkehr fordern.

Mit zwei Hausbesetzungen in den Stadtteilen Dellbrück und Ossendorf machte der SSM im Frühjahr diesen Jahres auf das schwere Schicksal obdachloser älterer Frauen aufmerksam und brachte die Verwaltung in Zugzwang. In der Egonstraße im benachbarten Stadtteil Stammheim kämpft der SSM seit Sommer

dieses Jahres wieder um die Rettung einer alten Kölner Arbeitersiedlung.

Mit der Initiative »Ein Masterplan für Mülheim« und mit der Verkehrsblockadegruppe »Frische Luft« engagiert sich der Verein für ein lebens- und liebenswertes Viertel, in dem für alle Platz ist.

Der SSM wusste sich auch selbst zu helfen, und viele halfen auch der Selbsthilfe. Nach 14 Jahren Besetzung und Ausbau der Fabrikgebäude sicherte ein langfristiger, günstiger Mietvertrag mit der Stadt Köln den Standort: Für 30 Menschen, von jung bis alt, wurde Wohnraum legalisiert. Im April 2007 begann die Aneignung eines weiteren Standortes. Direkt am Rhein, einige hundert Meter vom Stammhaus des SSM entfernt, konnte die Gruppe nach jahrelangem Einsatz und mit Hilfe ihres Fördervereins »MachMit!«, großzügigen Spendern und vielen Freund*innen in Parteien und Gesellschaft ein 2.000 Quadratmeter großes Gelände der Kölner Hafen AG erwerben. Die denkmalgeschützte Lagerhalle wurde zur Veranstaltungshalle. In den letzten zwei Jahren entstand ein 200 Quadratmeter großer Neubau: Im Erdgeschoss fand das Secondhand-Möbellager Platz; in der ersten Etage wurde moderner Wohnraum für sechs neue Mitglieder geschaffen. Nun steht dort noch der Bau eines Cafés am Rhein an.

So formierte sich beginnend vor 40 Jahren auch in Mülheim nach und nach eine lokale Selbsthilfebewegung der Unterdrückten und Ausgesonderten, welche es bis in die heutige Zeit immer wieder vermochte, über die Klientel der kleinen Leute hinaus Impulse für die Entwicklung von ganz Köln zu geben.



SOZIALISMUS LEICHT GEMACHT

»Neue Arbeit« bahnt sich ihren Weg

Es ist ein herrliches kleines Grundstück, mit altem Baumbestand und einer traumhaften Sicht über den Rhein, stromauf nach Süden Richtung Köln. Hier steht eine renovierte Güterhalle, das letzte erhaltene Gebäude des Hafens Mülheim. Aus dem »Güterschuppen Nord« wurde die Halle-am-Rhein, wo nun seit Jahren Konzerte, Lesungen und Geburtstagsfeiern stattfinden.

RAINER KIPPE, SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE MÜLHEIM

Dahinter, halb versteckt, ein moderner Stahlbetonbau, gut gedämmt, mit Lärchenholz verkleidet und mit Gründach, im Erdgeschoss 200 Quadratmeter Gebrauchtmöbel zum Verkauf, darüber Wohnraum für sechs ehemals obdachlose Menschen. Vorne, zum Rhein hin, hat der Bau eines kleinen Cafés begonnen, an dem die Besucher*innen rasten können, die an schönen Tagen und an den Wochenenden den Rhein entlang flanieren oder mit dem Fahrrad unterwegs sind.

Hier erprobt der SSM immer wieder aufs Neue, was er auch schon 300 Meter weiter stromauf in seiner Hauptniederlassung, der alten Schnapsfabrik an der Düsseldorfer Straße erprobt: Hilfe durch Selbsthilfe, arbeiten und leben aus eigener Kraft, ohne Jobcenter und Hartz IV-Drangsalierung. Der eigene Lkw gehört dazu, mit dem Wohnungsaufösungen gefahren werden, der Gebrauchtmöbelhandel, in dem man auch online einkaufen kann und der Kleiderladen.

»Leben vom Müll«, titelte vor Jahren hochnäsige die taz. Flaschensammler, Fußgänger-Passagen-Musikanten, ist es das, was wir vom SSM ein wenig hochtrabend als »Neue Arbeit« bezeichnen? Ans Arbeiten, ans Schaffen mit den eigenen Händen, ist der SSM – damals noch unter dem Namen SSK, »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln« – gekommen, als ihm Anfang 1974 die Stadt Köln die Zuschüsse für die Betreuung obdachloser Jugendlicher strich, weil der SSK ihr zu selbstständig geworden war und sich nicht an die Auflagen halten wollte, welche die Behörde ihm diktierte.

Da holten wir uns einfach einen alten Hanomag-Kurier, besetzten die Häuser, in denen wir vorher als von der Stadt finanzierte Mieter*innen gewohnt hatten, und schrieben ein Plakat, welches an die Kölner Bevölkerung gerichtet war, mit der Überschrift: »Wir packen an!« und den Hinweisen: »Möbelabholung, Umzüge, Entrümpelungen« – und was sonst noch so dazu kam: »Klütten« in Säcken liefern beispielsweise. So heißen in Köln die Braunkohlebriketts, mit denen damals noch fast flächendeckend geheizt wurde.

Ein pädagogisches Wunder

Und hier geschah das pädagogische Wunder: Verwahrloste Jugendliche, aus Heimen geflüchtet, kriminell, stricherfahren, alkohol- und drogengefährdet, gewalttätig, egoistisch und verlogen entpuppten sich als aufrechte, ehrliche, tüchtige und einfühlsame Mitmenschen, sobald sie mit der Gemeinschaft begonnen hatten, für sich selbst zu sorgen.

Sie arbeiteten bis in die Nacht, besetzten Häuser, reparierten Wohnungen nicht nur für sich, sondern unterstützten Schwache und Hilfsbedürftige. Sie gingen für Ausgegrenzte, Verfolgte und Unterdrückte auf die Straße, machten Go-ins. Sie machten all dies, ohne nach Lohn und eigenem Vorteil zu fragen. Wichtig war, und das stellte sich schnell heraus, das gemeinsame Arbeiten, das Team, aber auch die gleichberechtigte, demokratische Bestimmung über den Arbeitsprozess und das gleichberechtigte Verfügen über den Ertrag der Arbeit: die Verteilung der Zimmer und die Höhe des Salärs.

Aus sich selbst heraus entstand das, wovon Sozialist*innen hundert Jahre lang geträumt hatten: die demokratische und gleichberechtigte Verfügung über den politischen und wirtschaftlichen Prozess, in den wir alle eingebunden sind. Als törichte Propaganda erwiesen sich die Unkenrufe der so genannten Fachleute aus Wirtschaft und Politik, die bis heute behaupten, nur Gebildete und Spezialisten könnten die ach so komplizierten Zusammenhänge begreifen, auf denen unser wirtschaftliches und soziales Gefüge beruht. Nur sie könnten die »rationalen« wirtschaftlichen Entscheidungen treffen, von denen unser Wohl und Wehe abhängt. Die geheimnisvolle Welt der »Wirtschaftswissenschaften« wurde von jugendlichen Streunern entzaubert, »entmythologisiert«, wie die Theologen sagen.



▲ »Wir packen an«: Plakat des SSK von 1976

Foto: SSM

Zu Recht verstanden sich die befreiten Handlungssubjekte der neuen Selbsthilfe-Ökonomie nun nicht mehr als »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen«, sondern als »Sozialistische Selbsthilfe«.

Sozialistisch, weil in ihrer kleinen Welt die Produktionsmittel, die Fahrzeuge und die Häuser, die Konten und die Werkzeuge allen gehörten, und weil sie basisdemokratisch, in einem gleichberechtigten Meinungsbildungsprozess über deren Verwendung selbst entschieden. Und »Selbsthilfe« deshalb, weil sie beschlossen hatten, auf die Einführung einer menschenfreundlichen Ökonomie nicht mehr bis zum Sankt Nimmerleinstag oder bis zum Sieg irgendwelcher selbsternannter Parteiführer und Technokraten zu warten, sondern weil sie die Dinge selbst in die Hand genommen hatten, frei nach dem Brecht-Gedicht »Resolution der Kommunarden«:

»In Erwägung, daß wir der Regierung was sie immer auch verspricht, nicht trau'n haben wir beschlossen, unter eig'ner Führung uns nunmehr ein gutes Leben aufzubauen.«

Diese sozialistische Revolution im Kleinen, die Veränderung, ja völlige Umkehrung der Verhältnisse, ging nicht ganz ohne Gesetzesverstöße ab. Zu nennen ist hier immer wieder das Delikt des so genannten »Hausfriedensbruches«, einiger geknackter Schlösser und eingeschlagener Scheiben, die uns von dem Menschenrecht auf Wohnen trennten, ebenfalls nach Brecht:

»In Erwägung, daß da Häuser stehen während ihr uns ohne Bleibe laßt haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen weil es uns in uns'ren Lorchern nicht mehr paßt.«

Aber die sozialistische Revolution des SSK war doch erstaunlich friedlich, zumal manche Richter*innen sich gar unsrer Meinung anschlossen, dass es in einem leer stehenden Haus keinen »Hausfrieden« gebe, der gebrochen werden könne.

Sozialistische »Neue Arbeit«

Und während wir in tief schürfenden Diskussionen an unserem ökonomischen Modell arbeiteten, den Begriff der »Neuen Arbeit« herausarbeiteten und methodisch zu fassen suchten in Abgrenzung zum bestehenden kapitalistischen Arbeitsbegriff, kam doch das, was wir seit 1974 tun und immer weiter tun, so selbstverständlich, ich möchte sagen leichtfüßig daher, dass uns in Köln bis heute keiner gefragt hat: Ja, geht das denn überhaupt? Arbeiten ohne Chef, Bauen ohne Kapital, Wirtschaften ohne Banken, ohne Versicherung, ohne Bilanzbuchhaltung und ohne Betriebswirte und Steuerberaterinnen?

Der SSM heute: Mittwochs ein Plenum aller Mitglieder, vier Stunden Sitzung, auf der alles entschieden und alles beschlossen wird, was den Verein betrifft, seine Mitglieder, ihre Probleme und Verfehlungen, Aufnahmen und – manchmal auch – Ausschlüsse, Baustellen, Arbeitsaufträge und politische Aktionen, alles in einer Klade notiert, die vollnotiert dann als ewiges Gedächtnis in einem Schrank einstaubt. Die Arbeiten werden für eine ganze Woche eingeteilt: Wer kocht, wer fährt Lkw, wer baut, wer steht im Laden, wer rechnet zusammen, wer bezahlt die Rechnungen, wer kümmert sich um die Reparatur des Lkw, wer macht Sozialberatung, wer besucht die Versammlung im Veedel, wer organisiert die nächste Demo und die nächste Hausbesetzung, und das alles am Montag, Dienstag, Mittwoch, die ganze Woche lang? Statt eines Chef entscheidet die Wochensitzung und die täglich wechselnde »Verantwortung«?

Sollte Sozialismus wirklich so einfach sein? Wo die DDR doch eine eigene Planbehörde brauchte, bei der freilich sehr wenig funktioniert hat. Wo doch die kapitalistische Bundesrepublik Tausende und Tausende von Wirtschaftswissenschaftlern, Volks- und Betriebswirtinnen, Banker und Finanzspezialisten, Ministerien und Aufsichtsbehörden unterhält, wo doch nach

kapitalistischer Glaubenslehre das Gesetz von Angebot und Nachfrage ganz ohne unser Zutun die Welt in Gang hält, nach dem berühmten Satz des Marquis d'Argenson: »Laissez faire, laissez passer«, zu deutsch: »Lassen Sie machen, lassen Sie laufen, die Welt geht von ganz allein«.

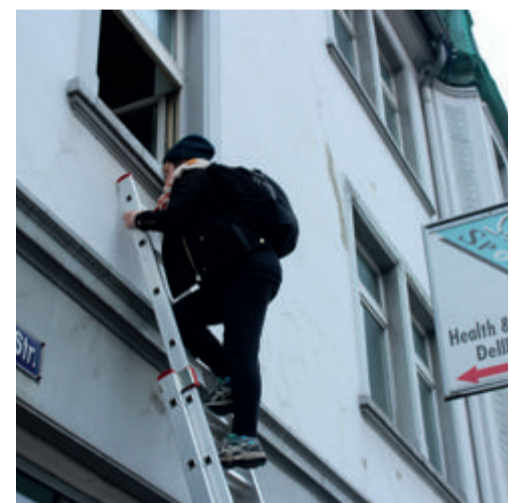
Kann es sein, dass gemeinsames Leben und Wirtschaften uns Menschen gewissermaßen eingeboren ist und dass es erst zum Problem geworden ist, seit wir es als Problem ansehen wollen? Dass die Ökonomie, ähnlich der Theologie auf ihrer endlosen Suche nach Gott, der doch angeblich von sich aus und von selbst da sein soll, sich ihre Probleme selber schafft, oder anders gesagt: dass die herrschende Ökonomie – ähnlich der Theologie – selbst das Problem ist, das sie unaufhörlich zu lösen versucht?

Ohne das Prinzip der Konkurrenz

Tatsache ist jedenfalls, dass die Sozialistische Selbsthilfe in Köln seit Jahrzehnten selbstständig und ganzheitlich wirtschaftet und nicht nur ihre Leute ernährt, sondern auch noch Kraft und Zeit findet, anderen Menschen zu helfen und ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen, aus eigener Kraft und ohne das Wolfsprinzip der Konkurrenz aller gegen alle.

Diese simple Tatsache, seit nunmehr fast zwei Generationen erwiesen, sollte uns veranlassen, einen Moment innezuhalten und uns zu fragen, ob der ungeheuerliche Auf- und Umtrieb, den wir in der Weltökonomie täglich erleben, die Konkurrenz, die ungeheuerliche Ungleichheit, das gierige Anhäufen von mehr und immer mehr Kapital, die Vernichtung der Natur und der menschlichen Lebensgrundlagen, überhaupt notwendig sind, oder ob wir nicht einem Phantom nachjagen, das wir uns selbst immer wieder vor die Nase zaubern.

Die Zunahme der Krisen, die unglaubliche Verschuldung der Staaten und der Konsument*innen, die gleichzeitige Aufhäufung einer immer größeren Menge untätigen Geldes, welches nach Anlage sucht, der Kollaps der Natur und die Milliarden arbeitsloser, unterbeschäftigter, kranker und hungernder Menschen, die Zunahme von Kriegen und Fluchtbewegungen, lässt uns fragen, ob wir uns nicht nach einem neuen Wirtschaftsmodell umschaun sollten, und ob das, was der SSM mit seiner »Neuen Arbeit« seit 40 Jahren leistet, nicht ein beträchtlicher Schritt in die richtige Richtung ist.



▲ März 2019: Kölner Hausbesetzung für obdachlose ältere Frauen

Foto: Rojin Sharifi

ANZEIGE

express

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
 www.express-afp.info
 Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 10/19 u.a.:

- Toni Richter: »Vom Betrieb heraus denken? – die IG Metall und die Wahl ihres Ersten Vorsitzenden
- Tom Adler: »Blick zurück nach vorn« – Gewerkschaftliche Diskussionen über Konversion in der Autoindustrie
- Torsten Bewernitz: »Der Algorithmus, wo man mit muss« – Lieferdienste: FastFood 4.0 oder perfide Datensammlung?
- Slave Cubela: »Einstürzende Neubauten« – zu Entstehung und Verlauf des Immobilien-Kapitalismus
- Katharina Varelmann: »Arbeitsfeldansatz« – über die »aufsuchende Feldarbeit« der Initiative Faire Landarbeit
- Rose Bookbinder: »Meat & don't greet« – Schlachthausbeschäftigte und Verbündete organisieren sich gegen Razzien der Migrationsbehörden in den USA

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon bestellen

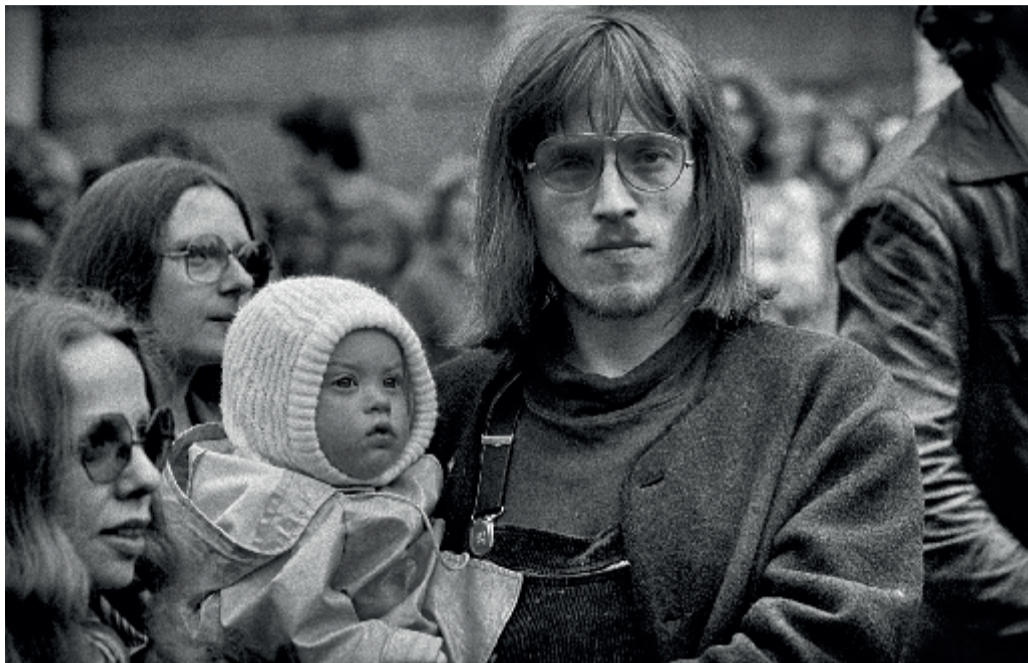
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

SCHWERPUNKT SELBSTHILFE VERÄNDERT DIE WELT



RANNE UND RAINER - ZWEI URGESTEINE DES SSK/SSM

Von Anfang an dabei



▲ Rainer Kippe mit Sohn Sascha (1976)

Foto: Gernot Huber



▲ Ranne Michels (2002)

Foto: Dorothea Weisel

Rainer Kippe (75) trat dem just gegründeten SSK-Verein im Herbst 1969 bei und ist bis heute unermüdlich aktiv, gerade für kleine Leute Menschenrechte zu erkämpfen. Ranne Michels (71) stieß 1973 dazu, gerade als der Umbruch zur Selbsthilfe begann. Mitten in den Turbulenzen der sozialistischen Anfangsjahre gründeten sie eine Familie. Ihre drei Kinder wurden beim SSK/SSM groß. Für diese war es ein Segen, dass die Eltern trotz ihrer Trennung in der Selbsthilfe blieben. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff sprach mit den beiden anlässlich des 50-jährigen Jubiläums.

Warum hast du dich damals gerade beim SSK eingebracht?

Rainer: Im Kölner Sozialistischen Studentebund war ich in der Gruppe der Antiautoritären. 1969 wurde der SDS, unter unserem Hintern sozusagen, dicht gemacht. Aber wir hatten vom SDS deren Einsatz für obdachlose Jugendliche geerbt, die aus den unmenschlichen Verhältnissen der Heime geflohen waren. Alle waren sie Jugendliche, die nicht bereit waren, sich unterzuordnen. Deswegen sind sie ja in die Heime gekommen. So sahen wir sie als unsere Jugendlichen an. Wir haben von Anfang an gesagt: Die menschenunwürdige Behandlung in den Erziehungsheimen muss aufhören. Und gleichzeitig

traten wir für die menschenwürdige Alternative eines Aufnahmezentrums ein. Darum sind wir in den SSK-Verein rein, wo ein Konzept entwickelt wurde. Und das wollten wir umsetzen, gegen alle Widerstände durchsetzen.

Ranne: Es war am Jahresende 1973, als ich zum ersten Mal beim SSK im Kontaktzentrum war. Ich studierte Sozialarbeit und arbeitete in den Ferien als Arzthelferin. Ein Besucher in meiner WG hatte mich für das Projekt begeistert. Er meinte, dass ich da wunderbar hinpasse. Und so war es auch. Ich war völlig weg, war so begeistert, die Welt wurde doppelt so groß. Das Haus war bis unter's Dach voll mit Jugendlichen, die von zu Hause oder aus Heimen abgehauen waren. Das hat mich richtig fasziniert, dass das überhaupt geht, dass man solche Leute irgendwie organisiert. Seitdem bin ich nicht mehr weggegangen.

Wie kam es, dass ihr am 3. November 1979 die Schnapsfabrik in Köln-Mülheim mitbesetzt habt?

Ranne: Wir haben ein wunderbar verwunschenes Gelände vorgefunden. Es war unter Laubschichten begraben; da bin ich hindurchgestreift und habe gedacht – meine Kinder waren damals fünf und drei Jahre alt und das letzte hatte ich

im Bauch –, wenn wir wenigstens sechs Jahre hier bleiben könnten, bis alle in der Schule sind. Das wär doch schon was! Und daraus sind eben jetzt 40 Jahre geworden. Meine Kinder sind hier groß geworden. Hier wird einfach gelebt, wie ich das wollte. Hier wurden Kinder geboren, es sind Leute gestorben, wir leben mit Behinderten zusammen, mit Migranten. Wir arbeiten hart, weil wir keine Unterstützung von der Stadt Köln kriegen und auch nicht wollen. Ich glaube, das Eigentliche ist, was die Menschen hier wollen, dass hier gelebt werden kann – und zwar prall.

Rainer: Es gab einen Beschluss beim SSK, neue Gruppen zu gründen. Die Ehrenfelder Gruppe hatte sich für Mülheim ausgesprochen, weil dort Fabrikschließungen waren und weil hier ein Sanierungsgebiet anstand. Ich war in der Gruppe am Salierring. Nachdem die aufgebaut war und ganz gut lief, ging es darum, das weiterzutragen. So beschloss ich, mich der Gruppengründung in Mülheim anzuschließen.

Was schätzt du am SSM besonders?

Rainer: Die Arbeit des SSM beruht auf der Erkenntnis, dass der Kapitalismus in seiner Weiterentwicklung immer mehr Menschen »freisetzt« und abschiebt, vor allem natürlich die Menschen,

an denen man nichts verdienen kann. Und man kann da nur was ändern, wenn sich die Menschen zusammenschließen und ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Wenn sie also die Produktionsmittel, die Häuser und auch den Lkw bei uns selbst in die Hand nehmen und darüber verfügen. Genau das machen wir hier Tag für Tag.

Philosophisch gesehen ist der SSM eine Antwort auf die Frage: »Wie soll ich leben?« Soll ich abgetrennt voneinander leben, entfremdet wie im Geldsystem? Oder soll ich in direktem Kontakt mit Menschen leben und mich erfahren? Das haben wir uns hier als Aufgabe und Möglichkeit gestellt. Wobei alles offen ist.

Ranne: SSM heißt für mich, dass ich selbst bestimme, wie mein Tag abläuft, selbst bestimme, was ich machen will. Wo man ein Spektrum an Möglichkeiten hat, sich einzubringen, je nachdem wie man sich fühlt. Wenn ich mich schlecht fühle, dann sage ich, ich mache Gartenarbeit. Dann gehe ich in den Garten und fühle mich am nächsten Tag wieder besser. Meist mache ich im Secondhand-Laden mit, das ist genauso okay. Oder ich koche für alle. Manchmal muss man die eigenen Bedürfnisse aber auch hintanstellen, weil zum Beispiel eine große Wohnungsauflösung ansteht, wo zehn Leute mitmüssen. Im Grunde aber hat man immer diese Freiheit, und das ist gut so.

ANEIGNUNG IM KAPITALISTISCHEN GETRIEBE

Wer hat zu so etwas die Nerven?

Der SSM hat in seiner langen Geschichte viele Menschen erreicht, hat Vorträge gehalten, Konzepte gefertigt, mit Fachleuten in Behörden und Institutionen gesprochen und ist überall auf Interesse gestoßen. Es ist ja auch gar zu schön: Abbruchhäuser, ein paar alte steuerlich abgeschriebene Lkw, und schon sind die Arbeitsplätze geschaffen, sorgen die Obdachlosen, die psychisch Erkrankten, die Streuner und Junkies für sich selbst, stören nicht mehr den Lauf unserer glorreichen Economy. Wer sollte da etwas dagegen haben?

RAINER KIPPE, SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE MÜLHEIM

In der Wirklichkeit sieht es anders aus. Die abgehalfterten Gebäude sind alle in Eigentum und werden für zukünftige Pläne »vorgehalten«. Alte Fahrzeuge brauchen viele Reparaturen, kosten Steuer und Versicherung, Fahrer*innen brauchen Führerscheine. Projektförderung gibt es nicht beim Arbeitsamt, nur für die Förderung des Einzelnen auf der Suche nach einem Arbeitsplatz in einer ganz normalen Firma. Selbsthilfe, gemeinsames Wirtschaften und Wohnen kommen da nicht vor.

Im Finanzsektor beugen sich auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken der scheinbaren betriebswirtschaftlichen Rationalität und versagen Kredite. Die Möglichkeiten für Modelle wie den SSM sind nicht gewachsen, sondern nehmen eher ab. Sie sind für die

Gemeinschaft nützlich, aber es lässt sich nichts an ihnen verdienen.

So war der Kampf um die Grundstücke und Häuser immer langwierig und zäh, er verlangte großen Mut und lange Ausdauer. 14 Jahre war das Gelände an der Düsseldorfer Straße besetzt, die Bewohner*innen waren Jahr für Jahr von Räumung bedroht. Wer hat zu so etwas die Nerven?

Drei Jahre brauchte der SSM bei dem neuen Gelände »Am Faulbach«, bis er das Grundstück erwerben konnte, dann kämpfte er noch einmal vier Jahre um eine Baugenehmigung für eine Möbelhalle in einem Gewerbegebiet. Und all dies, obwohl er die ganze Zeit von klugen und verständigen Menschen unterstützt wurde, die in Parteien und Institutionen für ihn warben, Wege eröffneten und Geld beschafften. Zunächst einmal nicht für den Bau, sondern für Architekten, Anwältinnen und Gutachter, die erst einmal eine Baugenehmigung für ein gemeinnütziges Vorhaben durchsetzen mussten. Denn das Gelände in Rheinnähe war natürlich längst für hochprofitable Interessen verplant gewesen und nach dem Verkauf an den SSM noch keineswegs aufgegeben.

Zu Beginn des Kapitalismus wurden Millionen Bauern- und Handwerkerfamilien enteignet und mussten sich als Proletarier*innen verdingen, um zu überleben. Wiederaaneignung ist in der sich demokratisch nennenden Marktwirtschaft

nicht vorgesehen, wenn auch nicht unmöglich. Der Kampf um Ressourcen, das heißt Lebens- und Betriebsmittel, zeichnet deshalb die ganze Geschichte der Sozialistischen Selbsthilfe von Anfang an aus. Ohne Boden, ohne Gebäude, ohne Fahrzeuge und Maschinen und ohne Menschen mit Bildung und Fertigkeiten geht es nicht.

Der heutige Casino-Kapitalismus mit seinen Finanzblasen, Schulden- und Börsenturbulenzen ist Krisen-Marktwirtschaft im Niedergang. Gerade ohne staatliche Subventionen, ohne Beschäftigungsmodelle à la Keynes gehört der Selbsthilfe wie den lokalen, selbstversorgend wirtschaftenden und gleichzeitig weltweit vorhandenen Kommunen die Zukunft, vom Kommuja-Netzwerk in Deutschland und Österreich, den Longo mai-Gruppen in Europa, den Frauenkooperativen in Rojava bis hin zu den zapatistischen Gemeinden in Chiapas.

In den kommenden Zeiten werden, ähnlich den Klöstern nach dem Zusammenbruch des stolzen Imperium Romanum, Know How, Technik und Kultur überleben, wenn das System der blindwütigen Selbstbereicherung sich endlich selbst soweit unterhöhlt haben wird, dass es in sich zusammenstürzt. Die Zeit bis dahin nutzen wir in den angeeigneten Projekten, um unsere Fähigkeiten zu erweitern, um immer neue Bereiche zu erproben und uns in der »Neuen Arbeit« zu schulen. Mit unserem Gelände »Am Faulbach« haben wir dazu eine neue Seite aufgeschlagen.

Zum Weiterlesen

1970: Gothe, Lothar/Kippe, Rainer: Ausschuss. Protokolle und Berichte aus der Arbeit mit entflohenen Fürsorgezöglingen. Köln: Klepenheuer & Witsch. 228 S.

1975: Gothe, Lothar/Kippe, Rainer: Aufbruch. 5 Jahre Kampf des SSK. Köln: Klepenheuer & Witsch. 160 S.

1975-1980: SSK e.V. - Beschwerdezentrum: Aussonderung der Entarteten. Köln. 4 Ausgaben.

1977: SSK e.V.: Wer zerstört Köln?. Warum der SSK das Recht hat gegen die Gothaer Versicherung zu kämpfen. 60 S.

1978: SSK e.V.: Häuserkampf in Ehrenfeld. Köln. 64 S.

1981: Ambulanz im SSK e.V.: Sanierung macht Angst macht krank. Köln. 20 S.

1983: Rolf Baader: Das Recht auf Heimat - Sechs Jahre Häuserkampf. Dortmunder Selbsthilfe, 226 S.

1999: INA e.V.: 20 Jahre SSM, 20 Jahre gelebte Utopie. Köln. 56 S.

2007: INA e.V.: Köln erbärmlich - Der Abriss des Barmer Viertels. Köln. 68 S.

2009: INA e.V.: 30 Jahre SSM. Köln. 72 S.

2019: ANA&BELA - Kölnisches Volksblatt. Reprint aller 17 Ausgaben von 1969 bis 1971. Köln: Verlag der Buchhandlung Walther König

LINKS:

3k-koeln.de - Ausstellung 50 Jahre Sozialistische Selbsthilfe

ina-koeln.org - Website des Institutes der Neue Arbeit

ssm-koeln.org - Website der SSM

sozialistischeselbsthilfekoln.de - Website der SSK

lothargothe.de/mein-ssk

barmerviertel.lina-koeln.org - Website der Initiative gegen den Abriss des Barmer Viertels (2006)

rettet-unsere-veedel.lina-koeln.org - Website der Initiative »Rettet Mülheim 2020«

muelheim-plant.lina-koeln.org - Website zur Entwicklung des ehemaligen Mülheimer Güterbahnhofs

contraste.org - Artikel zum SSM im Archiv der Zeitung

SPENDEN:

Investitionsspende für den SSM

MachMit e.V. IBAN DE53 3705 0198 1011 3427 04

BAUMBESETZUNG IM DANNENRÖDER WALD

Wald statt Asphalt

Seit dem 29. September sind Teile des Dannenröder Walds (bei Stadtallendorf in Mittelhessen) besetzt, um den Bau der A49 und die damit einhergehende Rodung von bis zu 110 Hektar Waldfläche inmitten eines Trinkwasser- und FFH-Schutzgebietes zu verhindern.

WASCHBÄR

Dort, wo laut Plänen der DEGEG (Deutsche Einheit Fernstraßenbau und -planungs GmbH) innerhalb der nächsten Jahre ein intakter, über 200 Jahre alter Mischwald einer neuen Autobahn weichen soll, befindet sich nun – seit rund einem Monat – eine besetzte Baumhaussiedlung!

Von den geplanten Rodungsarbeiten, die bis zu 110 Hektar Wald betreffen würden, sind neben dem Dannenröder Wald auch der Herrenwald und der Maulbacher Wald betroffen, die zum Teil als Trinkwasser- und FFH-Schutzgebiet ausgewiesen sind.

Ein FFH-Schutzgebiet definiert den besonderen Schutz von Tieren (Fauna), Pflanzen (Flora) und Lebensraumtypen (Habitat), nach Richtlinien der EU. Mit mehreren Trinkwasser-Entnahmestellen und einer Fernleitung bis Frankfurt ist das Gebiet außerdem eine wichtige Quelle für die Wasserversorgung in vielen Regionen Hessens.

Die großflächige Zerstörung des intakten Waldes und die zusätzliche Flächenversiegelung durch den Fahrbahnbau, würden dazu führen, dass die Trinkwasserregion nachhaltig gefährdet wird. Mikroplastik durch den Reifenabrieb auf der Fahrbahn, Abgaspartikel, Müll und Zigarettenstummel, die tonnenweise am Fahrbahnrand durchs Fenster entsorgt werden, würden zu zusätzlichen Verunreinigungen führen und könnten die Trinkwasserqualität langfristig stark beeinflussen. Da der Mangel an Trinkwasser generell eine der größten Gefahren des Klimawandels darstellt, wäre dies ein weiterer, riesiger Schritt in die falsche Richtung! Auch der Lebensraum bedrohter Tiere in der



▲ Boden-Support am Baumhaus im Dannenröder Wald

Foto: Lucas (Klimagruppe Marburg)

Region, wie z.B. der von Schwarzspecht, Haselmaus und Kammmolch, würde damit zerstört werden.

Ein weiteres Problem sind die mangelhaft durchgeführten Flächenausgleichsmaßnahmen, die dafür sorgen sollen, dass die Zerstörung vor Ort mit Maßnahmen an einer anderen Stelle ausgeglichen werden sollen. Dies ist an sich schon absurd, da dies – konsequent gedacht – bedeuten müsste, dass an einer anderen Stelle ein über 200 Jahre alter Wald mit gleichen Lebensbedingungen geschaffen werden müsste, was de facto unmöglich ist.

Aber selbst die bereits umgesetzten Maßnahmen (die laut geltendem Recht noch vor Baubeginn nachweislich umgesetzt und auf Wirksamkeit geprüft werden müssen), sind weit davon entfernt, die geplante und schon umgesetzte Zerstörung auch nur ansatzweise ausgleichen zu können. Größtenteils zeigen sie keinerlei Wirkung und verursachen zum Teil noch zusätzliche Zerstörung von Flächen.

Die großflächige Rodung, die eigentlich für die Saison 2019/2020 geplant war, wurde nun laut Pressemitteilung der DEGEG unerwartet

um ein Jahr verschoben. Dies kann als erster Teilerfolg des zunehmenden Widerstandes und der Besetzung gedeutet werden, stellt aber keinesfalls eine wirkliche Entschärfung der Situation dar. Dies könnte auch ein Versuch der DEGEG sein, der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und den Protest zu schwächen.

Die Aussetzung der großflächigen Rodung bedeutet weder, dass während dieser Saison keine Bäume gefällt werden, noch dass die Räumungsgefahr nachgelassen hätte, oder dass der Bau der Autobahn gestoppt oder

ausgesetzt wird. Deshalb ändern diese Informationen erstmal gar nichts an den Forderungen und Plänen der Besetzer*innen. Sie hoffen weiterhin auf möglichst viel Support und sind nach wie vor fest entschlossen, solange zu bleiben, bis der Wald gerettet und der Bau der Autobahn aufgehalten ist.

Es geht um wesentlich mehr als die bloße Rettung des Waldes und den Bau der Autobahn 49.

Wir brauchen Veränderungen in allen Lebensbereichen, und das Klimaschutzpaket der Bundesregierung hat erneut gezeigt, dass wir das Problem selbst anpacken müssen, statt uns auf Autoritäten zu verlassen (siehe auch Seite 6).

Erfolgreicher Widerstand braucht neben bloßer Kritik an Missständen immer auch eine konstruktive Ader, die Forderungen gleich selbst versucht, umzusetzen und damit erleb- bzw. erfahrbar macht. Genau solch ein Experimentierfeld gelebter Utopie stellt diese Besetzung dar: Hier wurde ein neuer Lebensraum kreiert, der frei von Konsumzwängen und frei von Herrschaftsstrukturen einen selbstbestimmten Raum schafft, in dem Utopien geträumt, diskutiert und zumindest ein Stück weit auch gelebt werden können.

Dieser Text spiegelt in Teilen die subjektive Wahrnehmung des Autors wider und kann deshalb nicht als Meinung aller Besetzer*innen verstanden werden.

Interessierte und Mitstreiter*innen sind herzlich willkommen: Neben der Baumhaussiedlung ist als erster Anlaufpunkt die Mahnwache am Sportplatz Dannenrod zu nennen, die dauerhaft besetzt ist und Möglichkeiten zur Übernachtung bietet. Gleichzeitig fungiert die Mahnwache als Sammelpunkt für Spenden (eine aktuelle Liste benötigter Materialien steht online).

Link: <https://waldstattasphalt.blackblogs.org/>

Spendenkonto: Spenden & Aktionen
IBAN: DE29 5139 0000 0092 8818 06
Betreff: keine A49

180 JAHRE VEGETARISMUS – 75 JAHRE VEGANISMUS

Beendet das Tierleid!

»Nennt ihr den Vegetarier einen Tropf / Werfen wir euch eine Walnuss an den Kopf« dichtete der Anarchist Erich Mühsam einst unter dem Eindruck seiner Erfahrungen am Monte Verità. Vegetarier*innen und Veganer*innen galten – wie auch heute z.T. noch – als weltfremde Spinner*innen. Doch wie es der russische Anarchist LeoTolstoi ausdrückte: »Solange es Schlachthöfe gibt, wird es Schlachtfelder geben.«

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Die Menschheit ist seitdem zwar nicht klüger geworden, aber die Anzahl der Vegetarier*innen und Veganer*innen ist gestiegen, so dass es bereits einen eigenen »Feiertag« gibt. Seit 1994 wird der 1. November weltweit als Weltvegantag gefeiert. Der Hintergrund dafür ist, dass der Brite Donald Watson am 1. November 1944 die Vegan Society, eine Abspaltung aus der Vegetarian Society, gründete und damit dem »radikalen bzw. konsequenten Vegetarismus« einen Namen gab, der sich durchsetzte.

Der Begriff »vegan« setzt sich dabei aus der ersten und letzten Silbe des Wortes »vegetarian« zusammen – und

sollte dabei die Konsequenz symbolisieren – vom Anfang bis zum Ende. Im französischen Sprachraum existierte zwar bereits seit 1893 mit »Végétalien« ein eigener Begriff hierfür, aber dieser setzte sich nicht durch. Noch älter ist der Begriff »Vegetarier«, der ab 1839 im deutschsprachigen Raum nachweisbar ist. Damals war dies natürlich noch nicht so ein großes Thema wie heute.

Heute sind laut Vegetarierbund (VeBu) ca. zehn Prozent der deutschen Bevölkerung Vegetarier*innen oder Veganer*innen. Damit liegt Deutschland gleich auf mit Österreich und weit vor europäischen Nachbarstaaten wie Frankreich, wo sich lediglich zwei Prozent der Bevölkerung zum Vegetarismus bekennen. Spitzenreiter ist nach wie vor Indien, wo – religiös bedingt – ca. 38 Prozent der Bevölkerung vegetarisch oder vegan leben. Weltweit wird geschätzt, dass es eine Milliarde Menschen auf der Welt gibt, die vegetarisch leben – Tendenz steigend. Die Beweggründe sind vor allem ethischer Natur, gesundheitlicher Art oder Umwelt- und Klimaschutz. Religiöse Gründe sind hingegen eher nachrangig. Unter ethischen Gründen fällt z.B. auch die

Frage der Ernährung der Weltbevölkerung. Eine Umstellung auf rein pflanzliche Ernährung würde (rein rechnerisch) eine ausgewogene Ernährung der Weltbevölkerung gewährleisten können.

Die benannten Gründe sagen viel über den aktuellen »Trend« aus – vor allem die Fokussierung auf die eigene Gesundheit. Postmaterielle Werte sind im Trend – und diese lassen sich mit dem Themenbereich gut verbinden. Im Gegensatz zu den 80er und 90er Jahren, wo Vegetarismus und Veganismus noch weitgehend mit einem politischen und ethischen Bekenntnis einherging, scheint Vegetarismus und Veganismus für viele heute dennoch mehr ein Lifestyle als eine gefestigte Überzeugung zu sein. Der Latte Macchiato mit Soja- oder Kokosmilch ersetzt als In-Getränk den klassischen Macchiato mit Kuhmilch und ist gleichzeitig glutenfrei. An Supermarktkassen liegen mittlerweile Zeitschriften für vegetarisches und veganes Kochen aus, und die großen Supermärkte bieten neben Billigfleisch aus Massentierhaltung vegane »Fleischersatzprodukte« an. Hersteller*innen dieser Ersatzproduk-

te sind im Hauptgeschäft immer noch Fleisch- und Wurstfabrikant*innen.

Die originäre Szene oder Subkultur des Vegetarismus/Veganismus hingegen profitiert nur wenig von dem Boom – ähnlich wie die klassische Bioladenbewegung, die sich dem Konkurrenzdruck durch Biosupermärkte ausgesetzt sieht. Andere Ebenen des Veganismus – wie z.B. der Verzicht auf tierische Produkte auch in Bereichen wie Kleidung, Gebrauchsgütern oder bei der Herstellung von Medikamenten – finden im Trend kaum Beachtung. Oder sie werden – wenn überhaupt – marketingtechnisch kapitalistischen Interessen angepasst.

Nichtsdestotrotz ist der Trend zu vegetarischer und veganer Ernährung fraglos eine positive Entwicklung. Die Ökobilanz von jenem Lebensstil ist – trotz der ökologisch ebenfalls fragwürdigen Trends, Früchte und Getreide aus anderen Teilen der Welt für den eigenen Konsum zu importieren – immer noch um einiges besser als die von Fleischesser*innen oder Flexitariar*innen. Die Vorstellung einer rein vegetarisch/vegan-lebenden Bevölkerung ist sicherlich utopisch, aber eine Annäherung daran wäre schon

ein großer Fortschritt und Entlastung für die Umwelt. Der Veganday könnte vielleicht die Chance bieten, die Bedeutung von vegetarischem und veganem Lebensstil zu überdenken und auch mal selbst auszuprobieren.

Infos über Veganismus: <https://proveg.com/de/>
Infos zum Weltvegantag: <https://weltvegantag.org>

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit
Kaffee & Tee von
zapatistischen Kooperativen
und vom CRIC/Kolumbien



Espresso aus
handwerklicher,
kollektiver
Trommelröstung

Kollektiv
Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

DIE NEUE GEWERKSCHAFT »UNTER_BAU«

Am Puls der Zeit die Hochschule von morgen aufbauen

Im Land der DGB-Einheitsgewerkschaft stößt die Gründung einer neuen, unabhängigen Gewerkschaft fast schon reflexartig auf Verwunderung oder gar Widerstand. Dabei ist unter_bau keineswegs das Produkt einer leichtfertigen Entscheidung, sondern Ergebnis eines langwierigen Prozesses in der Organisation von prekären Interessen an der Goethe-Universität Frankfurt.

MICHAEL POLLOK, UNTER_BAU

Die Erfahrung von vielen, seit Jahren aktiven Gewerkschafter*innen, die versucht haben, innerhalb und mit den DGB-Gewerkschaften bessere Studien- und Arbeitsbedingungen an der Universität durchzusetzen, war eher – gemischt. Man konnte den berechtigten Eindruck gewinnen, dass die an der Universität bereits vertretenen Gewerkschaften nicht in der Lage waren, gerade diejenigen zu erreichen, die besonders von Ausbeutung gefährdet waren. Gutes Beispiel dafür ist die Forderung von Hilfskräften nach einer Aufnahme in den Haustarifvertrag der Goethe-Universität Frankfurt sowie die Etablierung einer Personalvertretung. In den Tarifverhandlungen wurde diese Forderung trotz zeitweise hohem Mobilisierungsgrad schnell als Verhandlungsmasse unter den Tisch fallen gelassen.

Das Ergebnis einer grundlegenden Analyse dieser unsolidarischen Gewerkschaftspraxis war die Gründung einer ganz neuen Initiative, nicht in Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum gewerkschaftlichen Angebot auf dem Campus. Die Idee war, die Besonderheiten im Hochschulbetrieb grundlegend zu berücksichtigen und alle Angehörigen der Universität ohne Personalverfügung die Möglichkeit zu geben, sich als Basis zu organisieren, statusgruppenübergreifend Forderungen zu formulieren und diese an intelligenten Druckpunkten, mit gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen. Mitgedacht werden sollten nicht nur ökonomische, sondern auch politische und insbesondere feministische Forderungen.

Sich als Minderheitengewerkschaft zu konstituieren ermöglicht es, verborgene Kräfte sichtbar zu machen, eigenständig zu handeln,



▲ Die Vollversammlung der Frauen* kümmert sich um die Vertretung der spezifischen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Frauen* bei der Gewerkschaft unter_bau. Foto: unter_bau

Impulse zu setzen und Dynamiken zu schaffen, die letztlich auch die etablierten Gewerkschaften befruchten können. Die Idee unter_bau war geboren. Im nächsten – und gerade auch noch aktuellen – Schritt geht es darum, die für eine solche Gewerkschaft wichtigen Strukturen aufzubauen und zu verstetigen.

Probleme an den Hochschulen

Es wird als notwendig angesehen, eine solche komplexe Organisation aufzubauen, denn Gründe dafür gibt es genügend an der Hochschule: Die drängendsten Probleme betreffen einerseits das Lohnniveau und kurze Vertragslaufzeiten, aber auch die allgemeine, hierarchische Organisation. Auf die Uni Frankfurt bezogen, sind Hilfskräfte nach wie vor tariflich nicht integriert und arbeitsrechtlich in einer Grauzone; wissenschaftliche Mitarbeiter*innen leiden unter ständiger Befristungspraxis, die eine mittel- oder langfristige Lebensplanung unmöglich macht; immer mehr wichtige Infrastrukturaufgaben werden ausgelagert und damit weitere Spaltungen unter den Angestellten geschaffen; unter dem mangelnden Lehrangebot leiden nicht nur die Dozent*innen, die viel kompensieren müssen, sondern auch die Studierenden; diese wiederum können häufig nicht das Studium mit ihren prekären Arbeits- und Lebensbedingungen in Einklang bringen; geschlechtsspezifische Ausschlussmechanismen und Arbeitsteilung führen zu einer männlichen Vorherrschaft auf den oberen Hierarchieebenen und ungleicher Bezahlung. Die Liste ließe sich noch ewig weiterführen. Ganz grundsätzlich gilt, dass der Zugang zu akademischer Bildung strukturell beschränkt ist und Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen ausschließt. Ziel muss sein, Entscheidungsstrukturen an der Hochschule so zu verändern,

dass alle Statusgruppen, entsprechend ihrer realen Größe, mitbestimmen und ihre Interessen geltend machen können. Wie soll das durch die unter_bau Gewerkschaft ermöglicht werden?

Selbstverwaltete Strukturen

Bei unter_bau können Organisationsstrukturen für zwei Dimensionen der Arbeit gegründet werden. Zum einen Assoziationen, das sind autonome Teilgewerkschaften für die Status- und Beschäftigungsgruppen, mit denen sie ihre spezifischen Interessen artikulieren können. Zum anderen Sektionen, das sind hochschulpolitische Organe, in denen die Mitglieder unabhängig von ihrer Gruppenzugehörigkeit die politischen Probleme der Hochschule angehen können. Zudem gibt es mit der Vollversammlung der Frauen* ein Basisgremium, das sich um die Vertretung der spezifischen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Frauen* bei unter_bau kümmert. All diese Einheiten können sich durch eigene Vollversammlungen und Sekretariate selbstverwalten. Wichtige Entscheidungen werden auf einem jährlichen Kongress getroffen. Dabei ist wichtig zu beachten, dass unter_bau stets »work in progress« ist. Das heißt, es wird stetig an der Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur gearbeitet. So soll ein rätedemokratisches Gegenbild zu der jetzigen Hochschule geschaffen werden, das der Komplexität einer so großen Einrichtung gerecht wird und schrittweise an die Stelle der jetzigen Hochschulordnung treten kann.

Momentan gibt es im unter_bau eine allgemeine Assoziation, die alle Status- und Beschäftigungsgruppen umfasst. So genannte Plattformen bereiten die Einrichtung von weiteren Assoziationen vor. Drei solcher Plattformen sind im unter_bau aktiv. Dazu gehören die Hilfskräfte und

Studis (Hudis), Promovierende und Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sowie Lehrbeauftragte (Promis) und administrative und technische Mitarbeiter*innen (ATMs). Die Plattformen sind zentrale Anlaufstelle für alle Interessierten. Die allgemeine Koordination des unter_bau übernehmen dabei die Sekretariate der allgemeinen Assoziation, die zum Beispiel Mitgliederverwaltung, die Organisation von Basisgruppen oder die Öffentlichkeitsarbeit koordiniert. Die mandatierten Sekretäre führen vor allem Beschlüsse der Basis aus und agieren frei, im Sinne von regelmäßig aktualisierten Handlungsrichtlinien.

Entlastung der Mitglieder

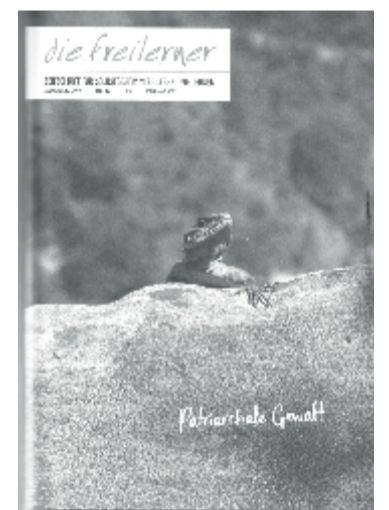
Ergänzt wird die Arbeit der Plattformen und Sekretariate von diversen AGs, die zum Beispiel statusgruppenübergreifende Forderungen aufstellen oder Veranstaltungen planen. Auch wenn die Struktur erst einmal komplex klingen mag, gibt es diverse, niedrigschwellige Möglichkeiten, bei unter_bau einzusteigen. Das ist wichtig, denn was diese Struktur bringen soll, ist neben einer Verstetigung der Organisation von Interessen, vor allem eine Entlastung der Mitglieder die als Basis, neben der Studien- und Arbeitsbelastung, diese Interessen durchsetzen wollen. Um sämtlichen Ansprüchen und Anforderungen an eine solche Organisation gerecht zu werden, bietet unter_bau in regelmäßigen Abständen Fortbildungen an und ist darauf bedacht, Wissen weiterzugeben sowie Mitgliedern zu ermöglichen, in jeder Arbeits-, Studien- und Lebenslage einen Beitrag für die Transformation der Hochschule zu leisten. Die Struktur ist darüber hinaus ein Garant dafür, dass geleistetes Engagement nicht verloren geht, auch nachdem man die Hochschule verlassen hat, sei es weil das Studium zu Ende ist oder man eine andere

Beschäftigung hat.

Es gilt nun, den Organisierungsvorschlag, als Gewerkschaft im Aufbau, nachhaltig zu verstetigen. Und das bedeutet viel Arbeit über einen langen Zeitraum. Doch es gibt gute Gründe, die zeigen, dass sich diese Arbeit lohnt, für alle Beteiligten. Es geht nämlich immer auch darum, sich fortzubilden, neue Strukturen im eigenen Arbeits- und Lebenskontext zu erproben und zu etablieren. In der Form, der Art und Weise, wie gemeinsam an einer Hochschule von morgen gebaut wird, wird bereits eine Vorstellung davon praktiziert, wie eine bessere Universität aussehen könnte. Die Organisation soll nicht nur Interessens-, sondern Transformationsorganisation sein.

Durch die Zusammenführung und Ausweitung von Kämpfen soll Fahrt aufgenommen werden, um eine grundlegende Neuordnung der Hochschule herbeizuführen. Das Ziel ist eine soziale Hochschule in basisdemokratischer Selbstverwaltung, die Angehörigen der Universität sollen gleichberechtigt entscheiden und ihr Profil nicht von wirtschaftlichen Interessen bestimmt sein. Dies erfordert eine Gewerkschaftspolitik, die Tageskampf und grundlegende Veränderung stets zusammen denkt. Unter_bau ist also keine Generalprobe, sondern bereits die Blaupause der Transformation. Das wird darunter verstanden, wenn gesagt wird, dass am Puls der Zeit die Hochschule von morgen gebaut wird.

Link: <https://unterbau.org>



Zeitschrift »Freilerner«

Die seit 2012 erscheinende Zeitschrift »Freilerner« dient dem Austausch und der Vernetzung von Freilerner*innen untereinander als auch von freien Schulen. Das verbindende Element sind dabei selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildungsformen. Einen großen Teil der Zeitschrift machen dementsprechend Beiträge aus der Bewegung (Berichte von Treffen und Tagungen, Nachrufe) sowie Literaturbesprechungen aus. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema, z.B. »Patriachale Gewalt«, »Wie frei können Schulen sein?« oder »Umgang mit Medien«, welches etwa drei Viertel des Heftes umfasst, sowie rechtlichen Aspekten. Die Beiträge sind i.d.R. von hoher Qualität. Ein Teil der Beiträge besteht aus Nachdrucken von bereits publizierten Beiträgen. Die Printausgabe in einem Umfang von 64 Seiten erscheint fünfmal jährlich und kann gegen einen Preis von 6 Euro (bzw. 5 Euro für die pdf-Fassung) plus Portopauschale (4 Euro) über die Webseite bestellt werden. Daneben lässt sich noch ein kostenloser Newsletter abonnieren.

Link: <https://freilerner.de>

ANZEIGE

Waterkant
UMWELT + MENSCH + ARBEIT IN DER NORDSEE-REGION
Erscheint seit 1986 Herbst 2019

Kanaldurchstich an der Nehrung des Frischen Hafes
Sehenden Auges in die Naturvernichtung

Traditionsreicher Ostsee-Hafen hegt große Pläne
Die Millionen-Träume von Gdansk

UN-Dekade:
„The Science We Need For The Ocean We Want“

„Fair übers Meer!“:
Respekt auch vor Meeresbewohnern

Elbvertiefung | Container-Oligopol | EL-Verordnung fürs Abwracken | Volksbegehren gegen Fracking

Probefreie und Infos: www.waterkant.info

